Seite 8

Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Boden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonelzeile 1.30 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 29 | Dresden, Donnerstag den 5. Februar 1920 | 31. Jahrg.

Die Liste des Hasses

Der Botschafterrat in Paris hat ein neues Dokument des Hasses geboren. Wer das Treiben der Entente als Unparteiischer aus Neutralien betrachtet, dem muß es erscheinen, als sehe er einen von seinen Siegen Trunkenen, der den Sinn für Maß und Ziel verloren hat. Seit einem Jahr steht der Frieden Europas auf dem Papier. Den wirklichen Frieden zu schaffen hat die Entente trotz ihren Machtmitteln bis heute noch nicht verstanden. Der Vertrag von Versailles zeigt sich als das lächerlichste Pfuschwerk der Geschichte. Die Südslawen stehen auf dem Sprunge, um sich mit den Italienern zu messen. **Rußland** ist noch immer ein Chaos, vor dem die Entente ratlos die Hände ringt. Vor den Toren **Indiens** stehen die Sendboten des Bolschewismus und Eingeborenenaufstände bedrohen England an der Wurzel seiner Macht in Asien. Wenn die leitenden Männer in Paris und London sich unfähig zeigen, das Chaos zu meistern, so liegt das nicht zum wenigsten an Gegensätzen innerhalb des Verbandes zur Niederhaltung andrer Völker. Eine Dummheit folgt der andern. Die neueste ist die Ueberreichung der Auslieferungsliste an Deutschland.

Es ist notwendig, daß die Völker ihre Kriegsschuldigen zur Rechenschaft ziehen. Es ist in der Ordnung, wenn sie Verbrechen, die im Kriege begangen wurden, scharf aburteilen. Darum hat die Sozialdemokratie ebenso wie die deutsche Regierung einen **internationalen Gerichtshof** gefordert. Aber es ist eine Verhöhnung der internationalen Gerechtigkeit, wenn sich die nicht minder blutbefleckten Imperialisten und Kapitalisten der Entente anmaßen, über die Hindenburg, Ludendorff und ihre Untergebenen zu Gericht zu sitzen, wenn Angeklagte über Angeklagte Recht und Urteil sprechen wollen. Selbst wenn der Anschlag durchgeführt wird, käme für die Lloyd George, Poincaré und die sonstigen Autoren dieser Komödie weiter nichts heraus, als daß sie Leute zu deutschen Märtyrern stempeln, die heute als erledigt gelten; daß man ihnen zu einem Scheinglanz verhelfen würde, an dem uns nichts gelegen sein kann.

Jedoch die Forderung nach Auslieferung von 800 bis 900 Deutschen ist ja überhaupt **nicht durchführbar**. Es gibt keinen behördlichen Apparat, es gibt keine Exekutivgewalt in Deutschland, die es übernimmt, gegen Hunderte von Volksgenossen, von denen noch dazu viele in **jedem** Sinne unschuldig sind, Büttel- und Schergendienste für die westlichen Scharfrichter zu leisten. Der Rücktritt Lersners ist ein Vorspiel dessen, das kommen würde. Der Schmachfriedensvertrag kann auch nicht den moralischen Zwang dazu liefern, denn die deutsche Regierung hat damals erklärt, sie unterzeichne, trotzdem sie manche Teile des Vertrages für **unerfüllbar** halte, sie unterzeichne, weil sie durch Gewalt und Not der Stunde gezwungen wird. Zu den unerfüllbaren Forderungen gehört der Auslieferungspunkt. Das wird sich praktisch zeigen, wenn Frankreich, das im Rate seiner Bundesgenossen darauf gedrängt hat, sein Begehren aufrechterhalten sollte.

Die deutsche Regierung hat schon vor Ueberreichung der Liste einen **Gegenvorschlag** gemacht, der den Wünschen des verrannten Gegners soweit, als praktisch möglich ist, entgegenkommt. Die deutsche Regierung schlägt vor, alle auf der Liste Genannten abzuurteilen vor einem deutschen Gerichtshof, zu dem die Entente Beisitzer stellen soll. Der Prozeß soll geführt werden auf der Grundlage des von der Entente einzureichenden Anklagematerials und unter Aufhebung aller bisher erlassenen Amnestiebestimmungen. Die deutsche Regierung beweist mit diesem Angebot ihren guten Willen, einen der härtesten, borniertesten und selbstgerechtesten Punkte des sogenannten Friedensvertrages auszuführen, soweit es ihr überhaupt möglich ist.

Wir müssen abwarten, ob aus Paris und London ein Rest von Vernunft antwortet. Die deutsche Sozialdemokratie hat kein Interesse daran, die Schuldigen des Krieges zu schützen. Aber sie muß sich mit aller Energie dagegen wehren, sich irgendwie zu Helfershelferdiensten für gewalttätige, siegestrunkne Kapitalistenbanden des Westens zwingen zu lassen.

* * *

Der deutsche Gegenvorschlag

Berlin, 4. Februar. Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:

Die deutsche Regierung hat den Regierungen der verbündeten und assoziierten Hauptmächte Anfang **November** vorigen Jahres **die verhängnisvollen Folgen** dargelegt, die eine Durchführung der in den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der verbündeten und assoziierten Hauptmächte überreichten, ihnen nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden.

Die deutsche Regierung hat **zur Vervollständigung** dieser Darlegungen noch darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsbegehren der verbündeten und assoziierten Regierungen in Deutschland zweifellos die **schwersten Erschütterungen** nicht nur auf **politischem**, sondern auch auf **wirtschaftlichem Gebiete** auslösen müßte, insbesondere würden die durchgreifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohlen, zu ergreifen im Begriffe steht, aufs äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen auf die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen des Friedensvertrages unmittelbar nach sich ziehen.

In der Aufzeichnung vom 5. November vorigen Jahres wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktischen, durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritte der deutschen Regierung erhalten, der erneut ihren ernsten Willen beweist, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften **einstimmig angenommene**, gleichfalls in einem Abdruck angeschlossene **Gesetz** zur Verfolgung von Kriegsverbrechen oder Kriegsvergehen vom 18. November 1919.

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die verbündeten und assoziierten Hauptmächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch Eintritt der letzten Wochen nur noch verstärkten **Ueberzeugung von dem außerordentlichen Ernst der Situation** hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisliche Pflicht, in letzter Stunde noch einmal an die verbündeten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Erledigung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert deshalb noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Vorschlag und gibt demgemäß folgende Erklärung:

Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutschen, die ihr von den verbündeten und assoziierten Regierungen als irgendeines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übersendenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Gesetze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegenstehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze insoweit aufheben. Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten verbündeten und assoziierten Regierung das Recht eingeräumt, sich an dem Verfahren unmittelbar zu beteiligen. Ueber den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre zum Beispiel eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligte verbündete oder assoziierte Macht dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beiordnet, der befugt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweisstücke vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von einem Vertreter gestellten Beweisanträgen würde stattzugeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer verbündeten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag ihres Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatortes vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die vom Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlungen zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege und nur auf **diesem Wege**, die den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages zugrunde liegenden Absichten der verbündeten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden diese Mächte demungeachtet auf der Auslieferung der angeschuldigten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldlos fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der anliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, **keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.**

* * *

Die Liste

wtb **Berlin, 4. Februar.** Die nachstehende Liste ist der Reichsregierung durch die Weigerung des Herrn v. Lersner, die Note des Verbandes entgegenzunehmen, offiziell noch nicht zugegangen. Sie enthält außerdem offensichtlich unrichtige Namen und auch für ihre Vollständigkeit kann keine Gewähr übernommen werden, dennoch glaubt die Reichsregierung, sie der Oeffentlichkeit übergeben zu sollen, weil in den weitesten Kreisen ein außerordentliches Interesse daran besteht, die Auslieferungsliste so bald als möglich kennen zu lernen. Die Buchstaben hinter den Namen geben den Staat an, der das Auslieferungsverlangen stellt (Br. = England, Fr. = Frankreich, Be. = Belgien usw.). Die Liste enthält folgende Namen:

*

Abelis (Fr.). **Aberlandt** (Br.). **Adam**, Hans (Br.). **Adler**, Isaak (Fr.). **Aegidi**, Karl (Be.). **Aelbrecht** (Be.). **Albert v. Württemberg** (Be.). **Alberti** (Be.). **Albrecht** (Fr.). **Aldenhoven**, Franz (Be.). **Amenroeder** (Be.). **Arnauld de la Perriere** (It.). **Arnim**, Sixt v. (Be.). **Auer** (Fr.). **Auerbach** (Polen). **Aust**, Hubert (Br.). **Azmi-Bey** (Br.). **Baade**, Alfred (Polen). **Babel** (Fr.). **Bachmann**, Gustav (Br.). **Back**, Pacha v. (Br.). **Bakhausen** oder **Bakhauser** (Be.). **Bando** (Be.). **Bartels** (Be.). **v. Bartheld** (Be.). **Bauerle** (Rum.). **Bauermeister** (Fr.). **Baumann**, Artur (Polen). **Baume** (Be.). **Bauwens** oder **Bauer** (Be.). **Bayern**, Prinz Rupprecht von (Fr.). **Bayer** (Be.). **Bauer** (Fr.). **Bauerlein** (Fr.). **Beicharodin-Shakier** (Be.). **Becker**, Franz (It.). **Becky** (Fr.). **Bedrin-Bey** (Br.). **Behncke**, Paul (Br.). **v. Behr** (Fr.). **v. Below** (Fr.). **v. Below** (Be.). **v. Below** (Br.). **v. Below**, Otto (It.). **Bensdorff** (Rum.). **Benzin** (Be.). **Berndes** (Polen). **Bergau** oder **Bergau** (Be.). **Berger** (Fr.). **Berghausen**, Georg (Be.). **Berle** (Br.). **Berningkaus** oder **Bernnekam**, Karl (Br.). **Berndorff**, Graf von (Fr.). **Berrfeld** (Fr.). **v. Beseler** (Po.). **v. Bethmann Hollweg** (Be.). **Beunau** (It.). **Beyer** (Fr.). **Beyer** (Be.). **Biberstein** (Fr.). **Biermann**, Karl, Eduard, Richard, Albert (Fr.). **Bigodsky** (Belgien). **Bielinsky** (Fr.). **Bismarck**, Graf (Fr.). **Bismarck**, Graf von (Be.). **Blaick** (Be.). **Blangenberg** (Frankr.). **Blankenbenci-Blaick** (Belgien). **v. Blankenberg** (Fr.). **Blankenburg** (Pol.). **Blenzinger**, Harry (Fr.). **Bocker** (Fr.). **Boecker**, Alois Wilhelm (Br.). **v. Boehm** (Fr.). **v. Boehn** (Be.). **Boenig** (Rum.). **Boger** (Fr.). **v. Bonin** (Be.). **v. Bonin** (It.). **Borgmann**, Hans (Fr.). **v. Boerzig** (Be.). **Bothe** (Be.). **v. Bothmer**, Thorwald (Br.). **Brandenburg** (Br.). **Braun** (Be.). **Braun** oder **Brun** (Fr.). **v. Bredow** (Pol.). **v. Breitkopf** (Fr.). **Bresgen**, Dr. (Be.). **Brennig** (Fr.). **Brinkmann** (Br.). **Brion** oder **Bryon** (Be.). **Bracker** (Fr.). **Brockhage** (Pol.). **Bronsart v. Schellendorf** (Be.). **Baron v. Brunau** (Be.). **Buchting** (Pol.). **Budrath**, Johann, oder **Budraht** (Be.). **v. Bulow** (Fr.). **v. Bülow** (Be.). **v. Bülow**, Otto (Br.). **v. Bussingsloewen** (Be.). **Busse** (Rum.). **v. Buttlar**, Freiherr (Be.). **Buz** (Be.). **Capelle**, Ed. (Br.). **v. Carmer** (It.). **Castendick** (Fr.). **Cesar** (Fr.). **v. la Chevallerie** (Fr.). **Chirotte** oder **Schirotte** oder **Chieratte** (Be.). **Cholz** (It.). **Clauß**, Eugen (Fr.). **Coeringer**, General (Fr.). **Conrad** oder **Konrad** (Be.). **v. Cramm**, Baron (Be.). **Curtius** oder **Crusius** (Fr.). **Danner**, Christian (Fr.). **Dazion** oder **Denzion** oder **Deuzin** (Be.). **Darke** (Rum.). **v. Dassel** (Fr.). **Declein** oder **Deklein** (Be.). **De Coch** (Be.). **Dedecker** (Be.). **v. Delmling** (Fr.). **Demmler** (Fr.). **v. Denk** (Fr.). **Derichs** (Fr.). **Dewitz** (Fr.). **Diefhut**, Harrach (Pol.). **v. Dieringshofen** (Pol.). **Dietz** (Fr.). **v. Dittel** (Fr.). **Djemal Azmi** (Br.). **Dschemal-Pascha** (Br.). **Dobritz** (Rum.). **Doehl** (Be.). **Dollsfeld**, Otto (Br.). **v. Dorming** (Be.). **Donnermann** (Br.). **v. Dorsner** (Fr.). **Droescher**, Otto (Br.). **Duisingen** (Fr.). **v. Durach** (Fr.). **Durr** oder **Door** oder **Dooe** oder **Dwer** (Be.). **Duffart** (Fr.). **Dutschke** (Be.). **Duval** (Fr.). **Eberlein** (Fr.). **Ebert** (Rum.). **Ecker** (Be.). **v. Eckstädt** oder **Echstädt** (Be.). **Edelmann** (Fr.). **Eginger** (Fr.). **Egenoff** (Rum.). **v. Ehringen** (Fr.). **Eichstädt v. Eckstädt** (Be.). **Einkel** (Be.). **v. Elsa** (Be.). **Engel** (Be.). **Engelbrecht** (Be.). **Enhausen** (Pol.). **Enver Pascha** (Br.). **Eck** (Fr.). **Ernst von Sachsen**, Prinz (Be.). **v. d. Esch** (Be.). **Eltar** (Be.). **Esslein** (Br.). **v. Eßdorf-Rummel** (Pol.). **Fabarius** (Fr.). **Falkenhayn**, Hugo (Pol.). **Falkenhausen**, Freiherr v. (Be.). **v. Falkenmann** (Fr.). **Fecht** oder **Frech** (Be.). **Ferchner** oder **Fraechner** (Be.). **Fericke** (Fr.). **Fenr.** Peter (Be.). **Finkenstein** (Fr.). **v. Finckel** (Fr.). **v. Fischel** (It.). **Flachtheim** (Br.). **v. Fleck** (Fr.). **Fleck** (Fr.). **Foerst** (Fr.). **Foegel** (Br.). **Fockner** (Br.). **Ford** (Br.). **Forster** (Br.). **Foerstmann**, Walter (It.). **Franck** (Be.). **v. François** (Fr.). **Frankmer** (Br.). **Franzel** (Be.). **Freuersdorf** (It.). **Friedrich von Preußen**, Prinz (Be.). **Freisleben**, Fritz (Br.). **Fraenkel** (Fr.). **Freck** (Be.). **Friedel** (Fr.). **Frietrich**, Konrad (Fr.). **Feleds** (Fr.). **Fries**, Aug. (Be.). **Frobenius** (Be.). **Fuelbner** (Be.). **Gall**, Freiherr v. (Be.). **Galls** (Br.). **Gallus**, Julius (Be.). **v. Gallwitz** (Serb.-Kroat.-Slow.). **v. Gallwitz** (Be.). **Ganser** (Br.). **Geldfattel** (Fr.). **v. Gehe** (Be.). **v. Gemmingen**, Baron (Fr.). **v. Georg**, Ritter Karl Siegfried (Br.). **Georgi** (Br.). **Gessner** (Fr.). **v. Giese** (Be.). **Glasenapp**, Alfred v. (Br.). **Glasenapp** (Pol.). **Glaß** (Fr.). **Gneist** (Fr.). **Gobel** (Fr.). **Goetz**, K. (Rum.). **Goldenberg** (Fr.). **v. Gotzberg** (Be.). **Golz** (Be.). **v. Gravenitz** (Fr.). **v. Gravenitz** (Fr.). **v. Gravenitz** (Be.). **Grahl** (Fr.). **Graumann** (Fr.). **Greiser** (Fr.). **Grohus** (Rum.). **Groenen** oder **v. Groenen** (Be.). **Gropick** (Fr.). **Grueber** (Br.). **Grubner** (Fr.). **Grumlich**, Paul (Pol.). **Gueller** (Fr.). **Haacke** (Fr.). **Haase** oder **Huase** (Belgien). **Haas** (Frankreich). **Habner** (Britanien). **v. Haeseler**, Graf (Frankreich). **Hagedorn** (Fr.). **Haller** (Fr.). **Hamies** (Be.). **v. Hammerstein**, Freiherr (Be.). **v. Hanfel** (Be.). **Hartmann** (Fr.). **Hartwig** (It.). **Hauch** (Be.). **Hauff** (Rum.). **v. Haugwitz** (Be.). **v. Hansen** (Fr.). **Hey** (Fr.). **Hedemann** (Be.). **Heime** (Rum.). **Heinrich** (Fr.). **Heinrich** (Br.). **Heinz** oder **Heimann** (Br.). **Heise** (Fr.). **Helds** (Be.). **Helfritz** (Pol.). **v. Hellingrath** (Fr.). **Heuz** oder **Heutz** (Be.). **Hermann** oder **Herrmann** (Be.). **v. Hermann**, Freiherr (Be.). **Hergbera**, Graf (Pol.). **Prinz von Hessen** (Fr.). **Großherzog von Hessen** (Fr.). **Heuer** (Serb.-Kroat.). **Hicke** (Be.). **Himmel** (Fr.). **Generalfeldmarschall v. Hindenburg** (Be.). **v. Hipper**, Ritter Franz (Br.). **v. Höhne**, Karl (Fr.). **Hofmann** (Pol.). **Hofmann** (Fr.). **Hoeulee** (Fr.). **Prinz August von Hohenzollern** (Fr.). **Prinz Eitel Friedrich v. Hohenzollern** (Fr.). **Kronprinz Friedrich Wilhelm** (Fr.). **Prinz Oskar v. Hohenzollern** (Be.). **Hohn** (Be.). **Holländer**, Josef (Fr.). **Hoelse**, Karl (Be.). **Holz** (Be.). **Holge** (Be.). **Hopier** (Be.). **Hoppe** (Fr.). **Hoeppner**, Wilhelm (Be.). **Hubert**, Adam (Pol.). **Huck** (Be.). **Hucke** (Fr.). **v. Huchue**, Freiherr (oder **Hueue**) (Be.). **Huessen** (Rum.). **v. Huelsen** (Be.). **Hunten** (Be.). **Hurst v. Hutter** (Be.). **Iliasgow** oder **Pliasgow** (Be.). **v. Ingenohl**, (Friedrich Br.). **Irmer** (Fr.). **Isaaks**, Dr. (Pol.). **Isaak** (Pol.). **Ismail Hakki-Pascha** (Br.). **Jäger** (Fr.). **Jahn** (Fr.). **Jeulch** (Be.). **Jenrich** (Be.). **Jeurich** (Fr.). **Jeh.** Heinrich (Br.). **Johannsen** (Rum.). **Jarowski** (siehe **Jorowski**) (Be.). **Jubel** (Rum.). **Jung** (Be.). **Jung**, Ernst, und seine Genossen (Fr.). **Junge** (Be.). **Kaffke** (Fr.). **Kalkoff** (Be.). **v. Kant** (Fr.). **Kaps** (Fr.). **Karge** (Be.). **Kaskera** oder **Karsten** (Be.). **v. Katte** (Fr.).

v. Kahier (Fr.). Keim (Be.). Kenth. Konrad (Fr.). Keller. (Fr.) v. Kerger (Be.). Kern (Polen). Keßler (Fr.). Kiel oder Keil (Br.). Kielmansegg (Br.). Kiesewetter (Br.). Kiem. Paul (Pol.). Kirchbach (Be.) v. Kirchbach (Be.). v. Kirchbach (Pol.). v. Kirschbaum (Fr.). Kitzing. Fritz (Be.). Klatt (It.). Kleinschmidt (Fr.). Kleinschmit (Be.). Kleist (Fr.). Kieps. Otto (It.). Knecht. (Fr.). v. Kluck (Fr.). Knorr (Fr.). Koch (Rum.). Koch (Fr.). Koch (Be.). Koch (Br.). Koch. Herbert (Fr.). Koch. Josef (It.). v. Koehler. Dr. (Be.). Kolb (Fr.). Kolb (It.). Kolbe. Konstantin (Br.). Kolewe (Be.). Kolfers (Be.) Kolpack oder Colpach (Be.). Konrad oder Conrad (Be.). Kopp. Paul (Fr.). v. Korn (Fr.). Korbe (Fr.). Kossack (Fr.). v. Koes Koscielsky (Fr.). v. Kottwitz (Fr.). Kracht. Hermann (Pol.). Krahl (Br.). Kramer (Fr.). v. Kramer (Fr.). Kraß-Kochland (Pol.). Kraunner oder Kraunner. Dr. (Rum.). Krans (It.). Kranhak (Rum.). Krantze (Fr.). Kreß. August (Be.). Kremer (Fr.). Krenenberg (Fr.). v. Kries (Pol.). Kröpel (Fr.). Kronprinz von Preußen (Be.). Krüger-Bel. Posen (Be.). v. Kruska u. Pack (Fr.) v. Kruska (Be.). Kümmerle. Alfred (Fr.). Kuber (Fr.). Kuelz (Be.) v. Kumpel (It.). Kuenith (Be.). Kuppen (Fr.). Kuepper (Rum.). Kurtze (Fr.). v. Kusenberg (Rum.). Land (Fr.) Langermann. Freiherr (Be.) Landau. Hermann (Be.) Lapelier (Fr.). Lareinkowski (Fr.). v. Latorf (Be.). Lanle-Leemann (Be.). v. Leipzig (Fr.). Leisenring (Fr.). Leonhardt. Max (Br.). Leu (Fr.). Libel (Fr.). Liebe. Dr. (Be.). Liebeskind (Fr.). Limburg (It.). Limburg (Rum.). Linnartz (Br.). Linsingen (Pol.). v. Lochow (Rum.). Loebner (Fr.) Loewe. Erich (Be.). v. Loeich (Be.). Luckerath (Fr.). v. Ludendorff. General (Fr.). Ludicke (Be.). v. Lück. Walter (Be.). Generalfeldmarschall v. Mackensen (Serb.-Kroat.). Derselbe (Rum.). Main (Rum.). v. Maltzahn. Baron (Be.). Mamlok (Pol.). Mauger (Fr.). Manteuffel (Be.). Maret (Fr.). v. Marquardsen (Fr.) Marschal (Fr.). v. d. Marwitz (Fr.). v. Masen (Be.). Maßmann. Mathäus (Be.). Matz (Fr.). v. Mayer-Baden-Weiler (Fr.). Herzog von Mecklenburg (Fr.). Mehring (Fr.). v. Mehring (Fr.). v. Mehring (Fr.). Meißner (Fr.). Meister (Be.). Meißer (Be.). v. Mellenthin (It.). Melscheimer (Belgien). v. Merkatz (Frankreich). Messer (Belgien). Metzler (Rumän.). Meusleurs (Italien). Meyer (Fr.). Meyer (Fr.). Mich (oder Richl) (Be.). Michelsohn. Oskar (Fr.). Middelschulte (Fr.). Mieteke (oder Mielke) (Br.). Mirzelsdorf. Gustav (Pol.). Modlar (oder Moddler oder Moddlar) (Be.). v. Moltke (Fr.). v. Montgelas (Fr.). Morel (Be.). Moraht. Robert (It.). v. Morgen (Pol.). v. Morgen (Rum.). Müller (Fr.). Müller (It.). Müller (Pol.). Müller (It.). Müller (Pol.). Müller (Pol.). Müller. Johann (Fr.). Müller (Be.). Müller (Be.). Müller (Be.). Müller (Be.). Müller (Be.). Müller (Br.). v. Müller. Georg Alexander (Br.). Müller. Karl Lewis (Br.). Mumm (Fr.). Muenchenk (Be.). Nagel (Fr.). v. Natzmer (Be.). Natz (Be.). Nazim (Br.). Nel (oder Nelle) (Be.). Nerger. Karl August (Br.). Nering (Fr.). Nethe (Pol.). Neugebauer. Rudolf (Fr.). v. Neuhaus-Bismarck (Be.). Neumann Karl (Br.). Neumann (Br.). Neureuther (Br.). Nich (oder Nich) (Be.). Nicholas (Br.). v. Nieber (Fr.). Niegebauer oder Niemeyer (Br.). Niemann (Fr.). Niemann (Fr.). Nimann (Fr.). Nimbich (Fr.). Nitze (Be.). Nolte (Pol.). Noering (Rum.). v. Nostitz und Jänckendorf. Heinrich (Br.). Oberniedermayer (Fr.). Oberbauer (Be.). von Ohein (Fr.). Ohnesorg (Pol.). Olbrich Paul (Pol.). v. Oppenheim. Graf (Be.). v. Oven (Fr.). Patalos (Be.). Pathig. Helmuth (Br.). Pawlcheet. Karl (Fr.). Pemel (Be.). Petersen (Pol.). v. Pfaff (Be.). Pfaffe (Be.). Pinckhoff (Be.). Pinzger (Rum.). Pipper (Rum.). Edler v. d. Planitz (Be.). Planschert. Karl (Fr.). von Plettenberg (Fr.). Plettner (Be.). Pliatgow oder Iliaskow (Be.). Poraht oder Porat Walter (Be.). Prahl (Br.). Prasse (Be.). Preusker (Pol.). Pries (Fr.). v. Prietzelwitz (Be.) Pschorr (Be.) Quapp (B.). v. Quapp (Be.). v. Quapp (Fr.). Rabb (It.). Rau (Fr.) Regensburger (Be.). Rehfeld (Fr.). Reibnitz (Rum.). Reichenbach (Pol.). Reichert (Br.). Reinhardtstöttner (Fr.). Reinhardt (Fr.). Reinecke (Fr.). Reinitz (Fr.). Reiting (Be.). Rekowsky (Fr.). Render (Serb.-Kroat.-Slow.) v. Reppert-Bismarck (Be.). v. Richter (Be.). Ribensam (Pol.) Richard (Fr.). Richardz (Fr.). Richter (Rum.). Rieck oder Rinde (Be.). Rieger oder v. Riegen (Be.). Rield (Fr.). Rinde (Be.). Ripke (Rum.). v. Roeder (Fr.). Roehrich (Fr.). Rogge (Be.). Roglitz (Be.). Roehl oder Roehl (Fr.). v. Roques (Be.). v. Rosen (Be.). Rotberg (It.). Rohn (Fr.). Rosenberg (Be.). Ruecker. Klaus (Br.). Sam (Pol.). Saint Ange (Fr.). Salomon oder Salmon (Be.). Saltmann (Rum.). Sander (Be.). Sandt (Be.). San Guinetto (Be.). Saffenberg (Fr.). Scharrschild. E. (Fr.). v. Schaumberg. Freiherr (Be.). Scheer (Fr.). Scheer (Br.). Scheina. Frau Elsa (Fr.). Schenk. Albert (Be.). Schenk. Friedrich (Be.). v. Schenk. aus Hamburg (Fr.). Scheren (Be.). Schickfuß (Be.). Schierr (Be.). Schilling (Br.). Schirotte (oder Chirotte) (Be.). v. Schlabrendorff (Be.). Schleswing (Fr.). Schleusner (Be.). Schlick (Be.). Schlundt. Ewald (Fr.). Schmidt (Fr.). Schmidt (Fr.). Schmidt (Rum.). Schmidt (Br.). Schmidt (Br.). Schmidt (Polen). Schmincke (Be.). Schmitt (Fr.). Schoder (Polen). Schoen (Fr.). Schoster (oder Schuster) (Be.). Scholz (Fr.). Schrader. Otto (Fr.). v. Schrader. Otto (Fr.). Schroeder (Fr.). v. Schroeder (Br.). v. Schroeder (Be.). v. d. Schulenburg (Fr.). Schultz (It.). Schultz. Hans (Pol.). Schultz. Rudolf (Fr.). Schultz und Danner (Fr.). Schultze. Hermann (Fr.). Schulze (Be.). Schwabe (Rum.). Schwamben (Br.). Schwartz (Be.). Schwartz. Karl (Be.). Schwarz (Be.). Schwarzschild. E. (Fr.). Schweder. Max Karl (Be.). Schweidnitz (Fr.). v. Schwerin. Graf (Be.). Schwermer (Be.). v. Schwerbe (Be.). Seeausen (Pol.). Seul (Be.). v. Seydlitz (Pol.). Siebel (Be.). Sichelschmidt (Fr.). Sigl von Kruim (Be.). Schlechting (Be.). Sen. Adolf (Fr.). Sekolowsky. Dr. (It.). v. Sommerfeld (Be.). Sommer (Pol.). Sortmann (Be.). Sottorf (Be.). Spiegerberg (Br.) v. Stamford (Be.). Standt (Fr.). Steibauer (It.). Steinbrink. Otto (Br.). Steiner (Fr.). Steinmetz (Be.). Steine (Be.). Stenger (Fr.). Stern (Fr.). Stettiner (Be.) Stevers (Be.).

* * *

Lersners Rücktritt

Berlin, 4. Februar. Die Note, in der der Verband die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt, ist von Herrn Millerand gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn v. Lersner, übersandt worden. Obwohl Herr v. Lersner bereits am letzten Sonnabend die ausdrückliche Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das Auswärtige Amt weiterzuleiten, hat er die Note an Herrn Millerand zurückgesandt, mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutscher mitzuwirken. Herr von Lersner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht und sofort erhalten.

*

Die Stellung der Reichsregierung

Berlin, 5. Februar. Die Beratung der Reichsregierung, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfand, hat volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkt, wie er aus der am 25. Januar in Paris überreichten, inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten sei. Die Reichsregierung hat schon bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist. Diese Ueberzeugung, die sie mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie bei den weiteren notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Herr Mayer, Kaufbeuren, weilte bis gestern in München zur Erledigung von Privatangelegenheiten. Er ist von der deutschen Regierung gebeten worden, nach Berlin zu kommen und wird heute hier erwartet.

*

Noskes Warnung

Berlin, 4. Februar. Der Oberbefehlshaber Noske erläßt folgende Kundgebung: So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Entente-Regierungen sein mag, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern bewahrt wird, daß jede Belästigung der Mitglieder fremdländischer Missionen und militärischen Kommissionen unterbleibt, so daß ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßregeln zu treffen.

Berlin, 4. Februar. Der Oberbefehlshaber, gez. Noske.

Söldner der Entente

In Ungarn streiten sich die Reaktionäre darum, welcher Habsburger den neuerstehenden Thron besteigen soll. Der Entente aber ist weder Ferdinand noch Otto genehm, und so scheint es, als wolle sie den Madjaren, die unbedingt doch nun einmal einen König haben wollen, einen ihrer unversorgten Fürsten präsentieren. Nach dem Petit Parisien soll als Kandidat der Marquis von Cambridge, der ehemalige Herzog von Teck, der Schwager König Georgs von England, in Aussicht genommen sein.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist der Termin für die Antwort Ungarns auf die Friedensbedingungen der Alliierten bis zum 24. Februar verlängert worden. Budapester Blätter wollen schon jetzt wissen, daß Ungarn vielleicht Milderungen der harten Friedensbedingungen erkaufen könne. Die Presse berichtet von Unterhandlungen mit England über Teilnahme Ungarns an den Aktionen gegen Sowjetrußland. Es sollen territoriale Zugeständnisse im Friedensvertrag in Aussicht gestellt sein.

In dem Bericht, den der polnische Minister des Aeußern, Patek, dem Ministerrat erstattete, teilte dieser mit, daß die französische Regierung an ihn die Aufforderung gerichtet habe, Polen möge seine Wehrmacht in den Dienst der Republik stellen und den Bolschewismus mit Waffengewalt niederringen, während Lloyd George bemüht sei, mit Rußland Frieden zu schließen. Marschall Foch wird für den Fall der Zustimmung Polens den Feldzugsplan entwerfen. Maßgebende polnische Kreise betonen, daß im Falle eines Bündnisses Frankreich nicht nur durch Lieferung von Kriegsmaterial, sondern auch durch Truppensendungen sich an dem Feldzug beteiligen müsse.

*

Rußland auf der Hut

Auf die Frage, ob es richtig sei, daß starke russische Streitkräfte an der polnischen und rumänischen Grenze zusammengezogen seien, erklärte Litwinoff dem Kopenhagener Reuterkorrespondenten, daß Rußland natürlich militärische Maßnahmen getroffen habe, daß aber sein Wunsch sei, Frieden zu schließen und seine Heere zu demobilisieren, um zu friedlicher Arbeit zurückzukehren. Litwinoff fügte hinzu, er könne und wolle sich nicht darüber aussprechen, ob General Brussilow in die Dienste der Sowjetregierung getreten sei.

*

Wladiwostok erobert

Washington, 3. Februar. Das Kriegsamt hat die Mitteilung erhalten, daß die Revolutionäre Wladiwostok genommen haben. Die Times melden, daß die diplomatischen und konsularischen Vertreter Maßregeln zum Schutze des Lebens und Eigentums der Angehörigen dieser Staaten getroffen haben. Das Blatt erfährt aus gutunterrichteter japanischer Quelle, daß sich im japanischen Parlament eine heftige Opposition gegen das Bestreben der japanischen Regierung richte, die Truppen in Sibirien zu lassen, wenn sich die Tschechen nicht aus Sibirien zurückziehen.

Auch Odessa ist von der roten Woge bedroht. Das Reutersche Bureau veröffentlicht ein Telegramm aus dieser Stadt vom 2. Februar, demzufolge die bolschewistischen Truppen nach Einnahme von Nikolajew und Otschakow vorgehen. Die Aussichten, Odessa zu halten, werden als zweifelhaft angesehen.

Warnung an Auswanderungslustige

Von kommunistischer Seite werden die deutschen Arbeiter fortgesetzt auf ein angebliches Angebot des russischen Kommissar für Volkswirtschaft hingewiesen, 800 000 deutschen Arbeitern lohnende Arbeit in Sowjet-Rußland nachweisen zu wollen. Es wird auf die im Nachrichtenblatt Nr. 9 vom 15. September 1919 gebrachte Bekanntmachung hingewiesen, wonach dem Reichswanderungsamt von einem derartigen Angebot nichts bekannt ist.

Es kann sich nur um eine deutschen Kommunistenführern gegenüber geäußerte Bereitwilligkeit zur Aufnahme deutscher kommunistischer Arbeiter handeln. Alle über das Wirtschaftsleben in Sowjet-Rußland unterrichteten Kreise sind sich jedoch darin einig, daß es der russischen Sowjet-Regierung nur darauf ankommen kann, für die Munitionsfabriken, Heereswerkstätten und dergleichen Betriebe deutsche Arbeitskräfte zu bekommen. Die übrige Industrie, soweit sie nicht der Stärkung der bolschewistischen Heeresmacht nutzbar gemacht werden kann, liegt völlig danieder. An ihren Wiederaufbau kann mangels Zufuhr von Maschinen, Werkzeug und anderen fehlenden Gegenständen und von Rohprodukten noch nicht gedacht werden und wird auch aus Mangel an Verständnis für eine gesunde Produktionswirtschaft nicht gedacht. Die Dienstleistung in der „Roten Armee“ gilt ebenfalls als Arbeits- und Verdienstmöglichkeit.

Es versteht sich von selbst, daß derartige Arbeitsangebote, auch im eigensten Interesse der deutschen Arbeiterschaft, nicht in Betracht gezogen werden können.

Eine Wohnungsluxussteuer

Uns wird folgender Vorschlag unterbreitet:

Es wäre empfehlenswert, daß eine Steuer für Luxuswohnungen eingeführt würde, so, daß für eine Familie von drei und weniger Personen eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer, Küche und Vorraum, steuerfrei bliebe, jedes weitere Zimmer müßte versteuert werden, und zwar staffelförmig, so daß das zweite überflüssige Zimmer höher im Steuersatz steht als das erste überflüssige Zimmer und so fort. Zählt die Familie mehr als drei Köpfe, so kann für jedes weitere Familienmitglied ein Raum steuerfrei bleiben, dadurch würde man den kinderreichen Familien entgegenkommen. Diese Steuer würde den Kleinwohnungsbau fördern, vor allem auch zur Aufteilung größerer Wohnungen führen.

Unserer Ansicht nach ist der Vorschlag einer Wohnungsluxussteuer durchaus erwägenswert, nur dürfte damit erst bei wirklichen Luxuswohnungen angefangen werden und nicht, wie das nach den in der Zuschrift gemachten Vorschlägen der Fall sein würde, unter Umständen schon bei Wohnungen von zwei Zimmern, Kammer und Küche.

Die Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten

Der Betrieb in den Eisenbahnwerkstätten Frankfurt am Main ist am Dienstag, in den Berliner Eisenbahnwerkstätten I und II am Mittwoch wieder aufgenommen worden.

Die beiden Berliner Betriebsstätten haben sehr starken Schutz durch die Sicherheitspolizei erhalten, die vor allen Dingen die Eingänge der Betriebe besetzt hat und niemand ohne Legitimation passieren läßt. Die Arbeiter, die wieder eingestellt worden sind, haben von der Verwaltung Postkarten erhalten, die als Ausweise dienen und gleichzeitig als Kontrollkarte für die Werkstatt. In der Eisenbahnwerkstätte II sind von den 4000 Arbeitern, die dort beschäftigt waren, heute wieder 2800 Mann zur Arbeit angetreten. Die restlichen 1200 Mann wurden nicht wieder eingestellt. Unter den Entlassenen befinden sich sehr viele Mitglieder der alten Arbeiterausschüsse und Funktionäre. Die wieder eingestellten Handwerker haben auch die Bedingungen unterschreiben müssen, daß während der Arbeit in den Werkstätten nicht geraucht werden darf, und daß sie auf ihre Vertretung durch die Ausschüsse und Funktionäre in der bisherigen Form verzichten wollen. Dagegen sollen sofort Wahlen im Rahmen des Betriebsrätegesetzes vorgenommen werden. Die entlassenen Arbeiter der Werkstätten I und II haben bei ihrem Abgang noch eine Lohnzahlung für 14 Tage erhalten, eine Ausgabe von rund 2½ Millionen Mark für die beiden Betriebe.

In Frankfurt befaßte sich das Gewerkschaftskartell mit der Art und Weise, wie die Wiedereinstellung der Arbeiter erfolgte, und sprach seine Entrüstung darüber aus, „daß die Frankfurter Eisenbahndirektion nach der Aussperrung der Werkstättenarbeiter dazu übergeht, seit langen Jahren bei der Eisenbahn beschäftigte tüchtige Arbeiter und Familienväter, gegen deren Verhalten im Arbeitsverhältnis gar nichts vorliegt, endgültig zu entlassen, augenscheinlich nur deshalb, weil sie Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind. Das Gewerkschaftskartell stellt sich nachdrücklich hinter die gemaßregelten Eisenbahner und verspricht, in ihrem Interesse alles zu tun, um das gegen sie geplante Unrecht wirkungslos zu machen“. —

Nachdem die Eisenbahnerorganisationen ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, der Einführung des Akkordsystems in den Werkstätten zuzustimmen, begannen gestern nachmittag im Eisenbahnministerium die ersten Verhandlungen über das Akkordsystem. Die Beratungen finden im Rahmen der allgemeinen Besprechungen des neuen Tarifs statt. Die Entlohnung der Werkstättenarbeiter wird bis zur endgültigen Regelung der schwebenden Fragen nach den neuen Tarifsätzen erfolgen. Bei den jetzigen Verhandlungen soll auch die Frage geklärt werden, ob die Arbeiter der im vorigen Monat vorübergehend geschlossenen Werkstätten einen Anspruch auf die Nachzahlung der erhöhten Tariflöhne haben oder ob die Eisenbahnverwaltung von dem Standpunkt ausgeht, daß der Tarif für diese Arbeiter erst vom Tage der Wiedereröffnung der Werkstätten Geltung haben soll.

*

Die Eisenbahnerbewegung in Frankreich

Wolffs Bureau meldet aus Paris: Der Verwaltungsrat der Gewerkschaft der Eisenbahner hat in seiner gestrigen Sitzung erklärt, er überlasse dem ausführenden Ausschuß alle Schritte, die bis zur Einstellung der Arbeit gehen könnten, wenn die Forderungen der Eisenbahner bis zum 10. Februar nicht angenommen würden. Es handelt sich in der Hauptsache um Teuerungszulagen.

Tarifabschluß in der sächsischen Landwirtschaft

Vom Wirtschaftsministerium wird mitgeteilt: In der die sieben Amtshauptmannschaften des Regierungsbezirks Dresden umfassenden Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist gestern grundsätzlich Einverständnis über den Abschluß eines Tarifvertrages auf die Zeit bis zum 31. Juli 1920 erzielt worden. Es werden drei Zonen gebildet. Verheiratete männliche Landarbeiter sollen in der ersten Zone 1,40 M., in der zweiten Zone 1,30 M., in der dritten Zone 1,20 M. baren Stundenlohn erhalten. Daneben sollen freie Wohnung, und die üblichen gesetzlich zulässigen Deputatvorteile gewährt werden, die einen Gesamtwert von 27 Pf. für die Arbeitsstunde darstellen. Als tägliche Arbeitszeit waren bereits in der vorhergehenden Verhandlung für vier Monate acht Stunden, für drei Monate neun Stunden und für fünf Monate zehn Stunden in Aussicht genommen. Nach dieser Klärung der schwierigsten Tarifpunkte steht zu erwarten, daß die in nächster Woche fortzusetzenden Verhandlungen zu einem endgültigen Abschluß des Tarifvertrags führen werden.

*

Streik auf Oberlausitzer Staatsgütern

Auf den Staatsgütern der sächsischen Oberlausitz ist ein Streik ausgebrochen, der sich täglich verschärft. Nachdem erst kürzlich das Remontedepot Bertheisdorf durch Reichswehr aus Löbau besetzt worden ist, erklärte sich jetzt das Löbauer Gewerkschaftskartell mit den Streikenden solidarisch und sicherte ihnen Unterstützung zu. Zu letzterem Zwecke wurde beschlossen, den Ausständigen vorschußweise zunächst 1000 M. Unterstützung zu geben. Auf dem Remontedepot Niederbischdorf sollen den Ausständigen die im Januar fälligen Deputate an Gerstenmehl, Kartoffeln und Ziegenfutter verweigert worden sein.

*

Sächsische Bergleute gegen die Streikhetzer

Auf der sozialdemokratischen Parteiversammlung des ehemaligen 19. sächsischen Reichstagswahlkreises in Lößnitz, die von Delegierten aus 41 Orten besucht war, wurde der „von kommunistischen Putschisten herbeigeführte unsinnige Grubenstreik im Lugau-Oelsnitzer Revier“ scharf verurteilt. Die dort anwesenden Bergarbeitervertreter erklärten nach der Chemnitzer Volksstimme, daß die Bergarbeiter den Streik nicht hätten führen wollen, und daß er nur das Werk weniger gewissenloser Hetzer sei. Diesmal wäre der militärische Schutz der besonnenen Bergleute wirklich nur zu begrüßen gewesen.

*

Buchdruckerstreik in Kiel

Kiel, 4. Februar. Im hiesigen Zeitungs- und Buchdruckergewerbe ist es wegen erneuter Lohnforderungen der Arbeitnehmer zum Streik gekommen. Die hiesigen Zeitungen werden bis auf weiteres nicht erscheinen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200205/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die verfahrene Lederwirtschaft

Im Reichswirtschaftsministerium berät, so schreibt das Berl. Tagebl., man wieder über Fragen der Lederwirtschaft. Nach Freigabe des Leders erfolgten bekanntlich gewaltige Preissteigerungen, wie man sie in solcher Höhe nicht vorausgesehen hatte. Denn nach der Freigabe sank die Valuta immer mehr, und mit dem Fallen des Markwertes kletterten die Lederpreise immer weiter in die Höhe. Auch auf dem Weltmarkt zogen die Preise für Häute und Leder entgegen den Erwartungen scharf an, und dies blieb natürlich auch auf die deutschen Verhältnisse nicht ohne Rückwirkung. Heute hat sich das Preisniveau so entwickelt, daß Stimmen laut werden, die die Lederwirtschaft wieder in die Zwangswirtschaft zurückführen möchten; Bayern hat einen dahingehenden Antrag eingebracht. Wie verlautet, hat das Reichswirtschaftsministerium indessen nicht die Absicht, diesem Antrag stattzugeben. Einen Erfolg hat die Freigabe des Leders allerdings gezeitigt: der Rohstoffimport, auf den die deutsche Lederindustrie zum größten Teil angewiesen ist, stieg. Im Dezember sind mehr Rohhäute ausländischen Ursprungs eingeführt worden, als Deutschland selbst erzeugt. 4 Millionen Kilo standen aus dem Inlande zur Verfügung, der Import war viel größer. Dadurch aber erfuhr der Beschäftigungsgrad der Industrie eine erhebliche Steigerung: in den Gerbereien der Oberledern um 600—700 Prozent und bei Schwerledern um 300 Prozent.

Diese Zunahme der Importe müßte bezahlt werden aus der Zunahme der Exporte. Das Leder müßte in Deutschland verarbeitet werden und den Weltmarkt als Fertigfabrikat wieder aufsuchen. Würden wir die Importe ausländischen Leders selber konsumieren, so wäre das zum größten Teil Luxusimport und Luxuskonsum. In der Tat ist der Export an Lederwaren beträchtlich gestiegen, besonders an Luxuswaren. Aber auch für den Inlandsmarkt gewinnt die Produktion der Lederluxuswaren immer mehr an Bedeutung. Auf dem Schuhmarkt sind die gröberen und daher billigeren Schuhwaren vernachlässigt zugunsten der feineren. Der Absatz in den ersteren geht, in den letzteren ist er ununterbrochen flott. Das läßt sich nur zum geringen Teil erklären aus den wachsenden Ansprüchen, die der Konsum stellt. Der Hauptgrund für diese Erscheinung ist zweifellos der, daß die Preise selbst der sogenannten billigen Schuhwaren für die Mittel- und Unterschicht der Bevölkerung das Maß dessen, was sie zu zahlen imstande sind, längst überschritten haben, und daß nur eine Oberschicht als Käufer auf dem Schuhmarkt in Betracht kommt, die jeden Preis zu zahlen fähig und willig ist. Und auch für die Industrie selber war die Freigabe des Leders kein reiner Gewinn. Das stürmische Anziehen der Preise vermehrte den Bedarf an Betriebskapital gewaltig, und besonders die kleineren und mittleren Unternehmungen können ihn nur unter großen Schwierigkeiten befriedigen. Daraus erklärt es sich, daß gerade von ihnen der lebhafteste Widerstand ausgeht gegen die Abgabe des Konjunkturgewinnes, der in Höhe von 60 Prozent von den bei den Uebergange in die freie Wirtschaft erzielten Ueberschüssen zwecks Verbilligung des Schuhwerks für die minderbemittelte Bevölkerung eingezogen werden soll. Diese kleinen und mittleren Betriebe haben ihre gesamten Mittel festgelegt, selbst diese reichen nicht aus, und jedes Herausziehen von Kapitalien aus den Unternehmen muß die Schwierigkeiten, mit denen sie kämpfen, entsprechend vergrößern. Die kleineren und mittleren Gerbereien bezweifeln jetzt sogar auf Grund von juristischen Gutachten die Gültigkeit der Verordnung über die Abgabe von Konjunkturgewinnen und drängen auf gerichtliche Entscheidung. Ungetrübte Freude brachten die neuen Verhältnisse nur den großen Betrieben. Wie uns gemeldet wird, beantragt die Verwaltung der Aachener Lederfabrik Akt.-Ges. in Aachen für das Geschäftsjahr 1919 die Ausschüttung einer Dividende von 40 Prozent, gegen 10 Prozent für das Geschäftsjahr 1918. Aus diesem Geschäftsergebnis ersieht man, welch große Konjunkturgewinne die Lederfabriken durch Aufhebung der Zwangswirtschaft, die am 15. August 1919 erfolgt ist, also in diesem Falle für das Geschäftsjahr nur mit 4½ Monaten in Betracht kommt, gemacht haben. Die Aachener Lederfabrik hat seit ihrem Bestehen noch niemals eine so hohe Dividende ausgeschüttet, wie sie für das Geschäftsjahr 1919 in Vorschlag gebracht wird. Die bisher höchste Dividende wurde im Jahre 1918, mit 25 Prozent gezahlt.

Die Notlage der minderbemittelten Bevölkerung hat die Kommunalverwaltungen vielfach dazu geführt, die Häute aus ihren Schlachtungen in Lohn gerben oder gegen fertiges Leder vertauschen zu lassen, um sie dann an die minderbemittelte Bevölkerung bzw. Stadtverwaltungen zur Verteilung zu bringen. Dagegen erheben die an der Bewirtschaftung des Leders beteiligten Berufskreise energischen Einspruch. Sie sehen darin eine unrechtmäßige Zwangswirtschaft, eine Ausschaltung der berufenen Erwerbskreise, eine Vergeudung von Material sowie eine Gefährdung genügender Belieferungen anderer lederverarbeitenden Betriebe. Die Kommunalverwaltungen werden auf diese Vorwürfe die Antwort wohl nicht schuldig bleiben. Die Schwierigkeiten der Schuhversorgung sind heute derartige, daß jede Bemühung der Kommunen, hier Abhilfe zu schaffen, lebhaft begrüßt werden muß. Es wäre nur zu wünschen, daß derartigen Aktionen größerer Erfolg beschieden wäre, als nach Lage der Dinge ihnen beschieden sein kann.

* * *

Die Vorgänge, die sich auf dem Ledermarkt entwickelt haben, sind geradezu typisch dafür, welcher Wirrwarr überall dort eintreten muß, wo trotz dem herrschenden Warenmangel die freie Wirtschaft eingeführt ist. Wir sind nun glücklich soweit, daß zwar Zurzeit Lederwaren nicht nur, wie das ja auch wünschenswert ist, im Ausland, sondern auch im Inland verkauft werden. Die Massen der Bevölkerung aber können sich keine Schuhe kaufen, weil die Preise einfach unerschwinglich sind.

Die neue Freistadt Danzig

Die fortschreitende Besetzung des an Polen abzutretenden Gebietes hat auch die Angelegenheit der Verwaltung des Freistadtgebietes in den Vordergrund gerückt. Die Regierung in Danzig kommt, wie die P. P. N. erfahren, für den bisherigen Regierungsbezirk nur noch als Abwicklungsstelle in Betracht, der Bezirk an sich ist als aufgelöst anzusehen. Die Danziger Regierung beschäftigt sich augenblicklich nur mit den Angelegenheiten des Freistadtgebietes und wird diese so lange verwalten, bis durch die verfassunggebende Versammlung eine endgültige Regierungsform festgelegt sein wird. Da der Regierungspräsident Förster als Reichs- und Staatskommissar der preußischen Regierung tätig ist und außerdem gegenwärtig Beauftragter des Völkerbundes ist, liegt die Leitung der freistädtischen Regierungsgeschäfte in den Händen des Oberregierungsrates von Hamele.

Die Errichtung eines Wirtschaftsrates für das Freistadtgebiet ist vom Regierungspräsidenten Förster, der von der Entente zum vorläufigen Verweser des Freistadtgebiets bestellt ist, unter dem 28. Januar angeordnet worden. Das Wirtschaftsamt, das die erste in Funktion tretende Freistadtbehörde ist, untersteht direkt dem Verwalter der Freistadt, später dem Oberkommissar, und hat als Aufgabe die einheitliche Versorgung der Bevölkerung des Gebietes der freien Stadt Danzig mit allen Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs. Die erste Aufgabe des Amtes wird die Regelung der Ein- und Ausfuhr sein; jedoch bleiben sämtliche zur Zeit für Deutschland gültigen Ein- und Ausfuhrverbote zunächst weiter bestehen. Eine Ein- und Ausfuhrstelle ist beim Magistrat Danzig errichtet und hat für die Herauschaffung aller für den Lebensbedarf notwendigen Dinge, die in Danzig fehlen, zu sorgen. Ferner wird die Erfassung der Ernte eine der Hauptaufgaben des neuen Amtes bilden. Mit dem polnischen Ernährungsministerium sind Verhandlungen angeknüpft worden, die dahin abzielen, daß insbesondere die Milchzufuhr aus dem Abtretungsgebiet in dem bisheriger Umfange gesichert bleibt. Im übrigen wird die Versorgung des Freistadtgebiets mit Lebensmitteln zum Gegenstand eines Abkommens mit Polen gemacht werden.

Für die Danziger Kaufmannschaft, wie auch für das gesamte Wirtschaftsleben des Freistadtgebiets besteht für die Zeit des Ueberganges eine große Unsicherheit. Danzig wird zur Zeit nicht nur vom Deutschen Reich, sondern auch von Polen als Zollausland angesehen. Die Ein- und Ausfuhr nach beiden Staaten ist seit dem 10. Januar, dem Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages, behindert. Das wirtschaftliche und zolltechnische Interregnum Danzigs soll erst mit der Errichtung des endgültigen politischen Regimes beendigt werden. Bis dahin werden schätzungsweise zwei Monate vergehen. Es sind Verhandlungen mit allen beteiligten Stellen im Gange, um die Schwierigkeiten während der Uebergangszeit zu mildern. Die Versorgung Danzigs mit Lebensmitteln stößt jedoch noch auf manche Schwierigkeiten, besonders, da Deutschlands Ernährungslage so ungeklärt ist. Bei guter Erfassung und ordnungsgemäßer Verteilung dürfte es aber gelingen, wenigstens die notwendigsten Lebensmittel für Danzig heranzuschaffen.

Zur Zusammenfassung aller auf die Lebensmittelversorgung des von den Polen besetzten preußischen Gebietes bezüglichen Arbeiten hat der Minister Sendа einen Wirtschaftsrat ins Leben gerufen, dem folgende Abteilungen unterstehen: Lebensmittelversorgung, Landwirtschaft und Domänen, Handel und Gewerbe, Finanzen, Eisenbahn, Post und Telegraphie.

Der „Saarstaat"

Durch eine Verfügung des Obersten Verwalters des Saargebietes wird der Saarstaat als jetzt tatsächlich bestehend erklärt.

Dazu ist zu bemerken, daß es einen Saarstaat nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht gibt. Seltsamerweise ist sogar in der deutschen Presse die Unsitte aufgekommen, das Saargebiet mit dem Ausdruck „Saarstaat" zu bezeichnen. Dieser Ausdruck beruht auf der irrtümlichen Anschauung, daß das Saargebiet ein selbständiges, von Deutschland abgetrenntes Staatswesen sei. Deutschland hat nach Artikel 49 des Friedensvertrages zwar zeitweilig auf die Regierung dieses Gebietes verzichtet, nicht aber auf seine Souveränität, über die erst nach 15 Jahren auf Grund einer Volksabstimmung entschieden werden soll. Die Regierung dieses Gebiets ist dem Völkerbund zu treuen Händen übertragen. Dieser übt also nicht eigene, sondern deutsche Hoheitsrechte aus. Ferner sind die Bewohner des Saargebietes nach wie vor deutsche Staatsangehörige; eine besondere saarländische Staatsangehörigkeit besteht nicht. Auch bleiben das Reich, Preußen und Bayern Eigentümer ihres Vermögens im Saargebiet, an dem der den Völkerbund vertretende Regierungsausschuß nur die Nutznießung hat. Eine Ausnahme bilden die Kohlengruben, die ins Eigentum des französischen Staates übergegangen sind.

Aus dem allen ist klar zu erkennen, daß der Ausdruck „Saarstaat" keine Berechtigung hat. Im Friedensvertrag ist denn auch dieser Ausdruck nirgends gebraucht, vielmehr wird in zutreffender Weise immer vom „Saarbeckengebiet" und von der „Regierung des Saarbeckens" gesprochen. Wenn von französischer Seite trotzdem immer wieder versucht wird, den Ausdruck „Saarstaat" einzubürgern, so hat das seine leicht zu durchschauenden Gründe.

Beibehaltung der Zwangswirtschaft

Mittwoch vormittag begannen im Reichswirtschaftsministerium unter Vorsitz des Reichsministers Schmidt die bereits angekündigten Besprechungen, in denen die Maßnahmen erörtert wurden, die erforderlich sind, um unsre Ernährung für das nächste Wirtschaftsjahr sicherzustellen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde mitgeteilt, daß die Regierung an der Zwangswirtschaft im Interesse der Volksernährung weiter festhält. Bewilligt wurden dagegen der Landwirtschaft höhere Preise für die kommende Ernte. Der Erzeugerpreis für eine Tonne Roggen wird sich auf 900 M., der Weizenpreis auf 1000 M. stellen. Für den Zentner Herbstkartoffeln wurden 20 M. in Vorschlag gebracht. Außerdem wird der freie Handel mit Hafer aufgehoben und wieder öffentlich bewirtschaftet werden. Die Vertreter der Landwirte versuchten noch einmal einen Vorstoß gegen die Zwangswirtschaft, aber es wurde ihnen erklärt, daß im Interesse der Volksernährung diese Frage völlig undiskutabel sei. Für die jetzigen Nahrungsmittelbestände bleibe alles beim alten. Die höheren Preise könnten nur für die neue Ernte in Frage kommen. Die vorgeschlagene Normierung soll als Mindestpreis gelten bis zur endgültigen Festsetzung der Höchstpreise. Man hofft, zu einer Einigung auf Grund des Regierungsvorschlags zu kommen.

*

Unsre Brotversorgung

Halbamtlich wird zur Herabsetzung der Brotmenge eine längere Mitteilung verbreitet, es heißt dort:

Bei der nunmehr vorgesehenen Maßnahme der Heraufsetzung der Ausmahlung und der Herabsetzung der Mehlzuweisung handelt es sich auch jetzt nicht um ein Vorgehen, das einen unmittelbar drohenden Zusammenbruch verhüten soll, sondern um eine Vorsichtsmaßnahme auf lange Sicht. Es kann nicht genug betont werden, daß wir auf möglichst lange Zeit hinaus, d. h. also bis möglichst nahe an die neue Ernte heran, mit den inländischen Getreidemengen reichen müssen. Die Anlieferungen der letzten Wochen zeigen insgesamt, daß dieses Ziel nur bei peinlichster Sparsamkeit erreicht werden kann. Wiederholt ist gegen das Reichswirtschaftsministerium der Vorwurf erhoben worden, daß es durch seine Lebensmitteleinkäufe im Auslande die deutsche Valuta verschlechtert habe. So noch in den Veröffentlichungen der Valutakommission. Dieser Vorwurf ist durchaus unberechtigt, das Reichswirtschaftsministerium hat sich vielmehr gerade in den Getreideeinkäufen äußerste Zurückhaltung auferlegt.

Aber ebenso unberechtigt sind infolgedessen auch die Vorwürfe, daß nicht jährlich durch Auslandseinkäufe für die Aufrechterhaltung der Brotversorgung im bisherigen Umfange Sorge getragen worden sei. Abgesehen von den bereits erwähnten Schwierigkeiten der Valuta hätten bisher hierzu auch die entsprechenden Getreidevorräte des Weltmarktes noch nicht zur Verfügung gestanden, da die Ueberseeernte erst im Laufe des Frühjahrs auf dem Markt zu kommen pflegt. Aber selbst auch in Hinblick auf die in den kommenden Monaten reichlicher fließenden Weltmarktvorräte ist für Deutschland größtmögliche Vorsicht geboten. Wir wissen nicht, in welchen Mengen und zu welchen Preisen das Ueberseegetreide uns im Frühjahr und Sommer zugänglich sein wird. Die bisherigen Erfahrungen lassen jedenfalls erkennen, daß sich aus diesen Weltmarktvorräten in erster Linie diejenigen Länder decken werden, die mit uns im Kriege gestanden haben. Die Belieferung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Dreschkohle ist verstärkt und die Kohlenkolle hierüber verschärft worden. Es darf nicht bei diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der bisherigen Erschwerungen des Ausdreschens bedauerlicherweise auch darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der Landkohle nicht zu Drusch verwendet wurde; sie wurde entweder im Hausbrand benutzt oder zum Teil schon an den Ausladestellen im Schleichhandel weiterverkauft.

Letzte Telegramme

Französische Spekulationen

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 5. Februar. Die Auslieferungsliste ist heute in Paris veröffentlicht worden. Sie versetzte die französische Oeffentlichkeit in allgemeines Erstaunen und Ueberraschung. Man war nicht darauf gefaßt, daß sogar ein Mann wie Generalfeldmarschall v. Mackensen, den man bereits in Händen und nach Deutschland zurückgesandt hatte, zur Bestrafung gefordert wurde. Es ist kein Zweifel, daß in den letzten Tagen die französischen Chauvinisten, die unter der Oberfläche geschwiegen haben, in den leitenden Kreisen bestimmend mitgewirkt haben. Diesen Politikern liegt anscheinend daran, in Deutschland das Chaos bolschewistischer Natur hervorzurufen, um einen Vorwand zum Einrücken und zum Umstoßen des Friedensvertrages zu gewinnen. Ihr Ziel ist das linke Rheinufer. Das wird auch in den nationalistischen Zeitungen unumwunden ausgesprochen.

Furcht vor der Weltkrise

(Eigene Drahtmeldung)

Bern, 5. Februar. In schweizerischen Bank- und Börsenkreisen herrscht erneut Verstimmung und Pessimismus. Maßgebende Finanzleute erachten den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands als sehr nahe bevorstehend. Sie bezeichnen auch die Wirtschaftslage in Frankreich und Italien als bedrohlich schlimm. Im freien Handelsverkehr sank die Mark in Zürich und Genf auf 4½ bis 5 Centimes. Das Angebot in Mark- und Franknoten hat sich geradezu unheimlich gesteigert.

Solidarität der Neutralen

(Eigene Drahtmeldung)

Basel, 5. Februar. Die Preßinformation meldet aus Stockholm, daß sämtliche skandinavischen Regierungen sowie Spanien und die Schweiz ihre Solidarität gegenüber der Haltung der niederländischen Regierung in der Frage der Kaiserauslieferung bekundet haben.

Pariser Drohungen

(Eigene Drahtmeldung)

Basel, 5. Februar. Die Presseinformation meldet aus Paris: Die Botschafterkonferenz beriet gestern über die Deutschland gegenüber zu ergreifenden Maßnahmen für den Fall einer Weigerung der Auslieferung der angeforderten Personen. Die Konferenz faßte Repressalien ins Auge, darunter auch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die Blockadeverhängung über die deutsche Küste und die Besetzung rheinischer Gebietsteile.

Forderung an die Neutralen

(Eigene Drahtmeldung)

Basel, 5. Februar. Der Matin meldet, daß die Liste der auszuliefernden Deutschen im Abzug an die Regierungen sämtlicher neutraler Staaten gesandt worden sei. Eine besondere Note der alliierten Mächte wird in einigen Tagen den neutralen Staaten zugehen, in welcher die Festnahme und Auslieferung der auf der Liste stehenden Deutschen, die sich in neutrale Länder geflüchtet haben, verlangt werden.

Deutsches Reich

Der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung

Die Grundzüge des neuen Gesetzentwurfs über die Arbeitslosenversicherung sind, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, im Reichsarbeitsministerium nunmehr fertiggestellt worden. Als Arbeitslosigkeit im Sinne des Gesetzes kommt nur unverschuldete Arbeitslosigkeit in Frage. Tritt die Arbeitslosigkeit dagegen durch eigenmächtiges Ausscheiden aus der Stellung, Streik oder dergleichen ein, so wird dadurch das Recht auf Arbeitslosenunterstützung verwirkt. Es ist die Einrichtung von Amtsstellen zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vorgesehen, die Versicherungsbeiträge werden in einem noch zu bestimmenden Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Zusammen mit diesen Versicherungsstellen arbeitet der Arbeitsnachweis. Ebenso wie die Versicherung ist die Annahme der Arbeit, die durch einen Arbeitsnachweis vermittelt wird, obligatorisch. Wer sich den Anweisungen der Nachweise nicht unterwirft, geht des Rechtes auf Arbeitslosenunterstützung verlustig.

Zeitungsverbot. Durch Verordnung des Militärbefehlshabers als Inhabers der vollziehenden Gewalt für den Bereich der Reichswehrbrigade 10 ist die in Bremen erscheinende unabhängige Bremer Arbeiterzeitung wegen Aufforderung zu einem Demonstrationszuge auf die Dauer von fünf Tagen verboten worden.

Die Tschechen im Hultschiner Land. Mittwoch morgen rückten, der Oberschles. Volksztg. zufolge, die tschechischen Truppen in Hultschin ein. Die übrigen Ortschaften des Hultschiner Ländchens werden morgen von den Tschechen besetzt werden.

Aus aller Welt

Preiserhöhung für Zeitungsdruckpapier

Die bisherigen Preise für Zeitungsdruckpapier sind durch eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 31. Januar 1920 um den Betrag von 10 Mark erhöht worden. Die Notwendigkeit dieser Erhöhung ergab sich aus der am 1. Februar in Kraft tretenden Kohlenpreissteigerung. Ueber die von den Zeitungsverlegern angeregten Maßnahmen zur Verbilligung des Zeitungsdruckpapieres sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen.

Normung der Papierformate

Kürzlich fand im Reichswirtschaftsministerium eine Sitzung von Interessenten aus der Papierbranche statt, in der über die Frage der Normung von Papierformaten verhandelt wurde. Das Problem beschäftigt bereits seit geraumer Zeit die Fachkreise. In der Sitzung lehnten die Vertreter von Geschäftspapieren und Kartonpapier diese Reform auf das entschiedenste als unpraktisch und unmöglich ab, wogegen die verbrauchenden Industriezweige und die Maschinenfabriken lebhaft dafür eintraten. Nach scharfer Diskussion verließen die Hersteller den Sitzungssaal. Die zurückbleibenden Vertreter stellten Richtlinien über die Normung zusammen, die ohne Zwang durch Vereinbarung ins Leben treten soll. Man nimmt an, daß die neuen Normen sich überall durchbrechen werden. Namens des Reichswirtschaftsministeriums erklärte der zuständige Dezernent daß seine Behörde keine der streitenden Parteien terrorisiere, sondern lediglich die Beschlüsse dieses Ausschusses für die graphischen Gewerbe zur Kenntnis nehmen wolle.

Die Devisenkurse

Berlin, 4. Februar. (Amtlich)

		4. 2. Geld	4. 2. Brief	5. 2. Geld	5. 2. Brief
Holland	100 Gulden	3696,—	3704,—	3648,50	3658,50
Schweiz	100 Frank	1669,25	1671,75	1695,75	1699,25
Wien (alte)	100 Kronen	38,46	38,54	36,46	36,54
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	26,22½	26,27½	27,47½	27,52½
Prag	100 Kronen	86,40	86,60	88,00	88,20

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200205/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

6. U.-B. Naußlitz-Wölfnitz

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß der Genosse Gürtler

Heinrich Paul Gerlach

im 37. Lebensjahre verstorben ist. [1425

Seine Einäscherung findet morgen Freitag, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium in Tolkewitz statt. **Die Gruppenleitung.**

Automateneinsteller gesucht. [1285 **O. Hauffe** Kaparaskastr. 55.

Nebenberuf verhilft bei bauarbeitender Organisation zum Ausbau einer dauernden Existenz! Vertrauensmänner in all. Orts., Beruf. u. Part. können unsern wirtschaftl. Unterg. anschaff. Angst. Anfür unt. genauer Darlegung der Verhältn. u. Forderung der Ansprüche u. D. S. 526 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19, erb.

Tüchtige **Strohhut-Näherinnen** im angenehme Stellung sof. gesucht. Höchst. Lohn. Reise wird vergütet. **Fr. Malthaupt, Detmold,** Markt 1. [1446 (Teutoburger Wald).

Laufmädchen, Str. K. u. G. m. Geb. Nähe Trach. Plat. gen. i. in Mickten u. Trach. auch Gorbitz. Off. u. **K.** 761 Dresd. Str. 12. [w 296

15—25 Mark garant. dauernden tägl. Verdienst f. jeden. Leichte saubere und angenehme Handarb. Kein Wiederverkauf. Entfernung gleich. Anleitung samt Arbeitsmuster wird bei Arbeitsaufnahme gratis beigelegt. Bei Anfrage zu bemerken: Für Abt. B Namens-Karten-Verlag **A. Wachs, Chemnitz,** Peterstraße 9. [b 4444

Nur kurze Zeit kaufe ich zu staunend **hohen Preisen alte Zahngebisse u. einzelne Zähne** wo die Schrift festgestellt ist, mindestens 11 M. und mehr, für Brennstifte und Platin pro Gramm bis 180 M. Einkauf findet von 9 b. 6 Uhr **Wettinerstraße 21, I. r.,** statt. [1257

Runkelrüben

Heu, Stroh, Hafer, Rübenschnitzel, Geflügelfutter, Viehsalz, Brenntorf verkauft ab Lager Grotenhauerstraße 52 in der Zeit von 8—12, 2—5, Sonnabends von 8—12 Uhr [m 288

Düngerhandelsaktiengesellschaft z. Dresden

Fernsprecher: 25861

Verschleudern Sie nicht Ihre Ware!

Schaffen Sie dieselbe nur **Schuhmachergasse 2**, dort erzielen Sie die höchsten Preise für Zähne, ganze Gebisse, Brennstifte, Gold, Silber, Platin, Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Zink, Stanniol.

Max Ulbrich, Schuhmachergasse 2 am Altmarkt. [1343

Kautabake!

Berühmte Spezialitäten ältester Nordhäuser Fabriken, Rolle 1.75 M.

Echt Dänischer Kautabak Originalpackung 3.70 M. [w 217

Für Echtheit wird garantiert.

Johannes Philipp Große Brüdergasse 5 (Nähe Schloßstraße), Ammonstraße 40 (gegenüber Falkenbrücke).

Spülapparate

Mutterspritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.

Frau Heusinger, Am See 37.

Für alte Zahngebisse

ganze oder zerbr., auch einzelne Zähne zahle **pro Zahn M. 10.50**

Platin pro Gramm M. 120.—. Für Brennstifte, Tiegel, Gold- u. Silbergegenstände zahle höchste Preise. [1250

Gr. Brüdergasse 41, I., nächst Postplatz.

Altes Zinn, Zink, Messing, Kupfer, Blei, Flaschenkapseln, Stanniol, Quecksilber, Schokoladenpapier

in großen und kleinsten Mengen kauft von Händlern und Privat zu höchsten Preisen [b 4386

Metall- u. Zinnschmelze von Max Haupt Dresden, Bönischplatz 17, 2. — Tel. 11 585.

Kaufe Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei und andre Metalle sowie Platin und Zähne zu enorm hohen Preisen

Zahle 40 Mark per 1 kg Zinn

Amalienstraße 24, part. Fernspr. 13150 Ungenierter Eingang. [b 476

Alte Gebisse

sowie einzelne, auch zerbrochene **Zähne, Brennstifte, Tiegel** alle Platinabfälle, Münzen. Einkauf zu höchsten Preisen [1251 **Dürerplatz 15, Erdg. rechts, 9—4 Uhr.**

Hosterwitz, Pillnitz und Umg.

Freitag den 6. Februar, abends 7½ Uhr im Gasthof Kronprinz, Hosterwitz

Oeffentl. Versammlung.

Tagesordnung [b 415

Kirche — Schule — Volk.

Referent: Herr Lehrer Marx, Kemnitz.

Freie Aussprache.

Frauen und Männer aller Stände! Erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung. Die Bezirksleitung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Zahlstelle Dresden u. Umgegend

Sonntag den 8. Februar 1920, vormittags 10 Uhr

Fortsetzung der

Jahres-Generalversammlung

im großen Saale der Zentralhalle, Fischhofplatz. [b 456

Tagesordnung:

1. Neuwahlen für das Jahr 1920.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Beschlußfassung über Beitragserhöhung.

Kollegen und Kolleginnen! Bedauerlicherweise sind wir in unsrer letzten Versammlung nicht zur vollen Erledigung der Tagesordnung gekommen. Es ergeht infolge der eminenten Wichtigkeit der noch zu erledigenden Tagesordnungspunkte an euch das Ersuchen, restlos in der Versammlung zu erscheinen. Wahre sich jeder Kollege und jede Kollegin das Mitbestimmungsrecht durch seine Anwesenheit. Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzuzeigen, ohne dieselben kein Zutritt. **Die Verwaltung.**

DBV

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein, Dresden.

Telephon 15972.

Sonntag den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstr. 45

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Der Abbruch der zentralen Lohn-Verhandlungen in Berlin und Stellungnahme hierzu. [b 442

Kollegen! Die Tagesordnung ist so wichtig, daß die Anwesenheit eines jeden Mitgliedes notwendig wird; daher erscheint massenhaft in dieser Versammlung. Mitgliedsbuch oder Erwerbslosenkarte ist am Saaleingang vorzuzeigen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorstand.**

4. Kreis, Bez. Weißig

Freitag den 6. Februar, abends 7 Uhr, bei Körner

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Politische Tagesfragen. Referent: Stadtv. Rob. Fischer. 2. Bezirksangelegenheiten. [b 415

Um vollzähliges Erscheinen ersucht Die Bezirksleitung.

Bezirk Reichenberg.

Gemeindevertreter von Reichenberg, Boxdorf, Wahnsdorf, Dippelsdorf und Eisenberg-Moritzdorf!

Sonntag den 8. Februar 1920, nachmittags 4 Uhr in der Brauerei Reichenberg [b 415

Gemeindevertreter-Konferenz.

Das Erscheinen sämtlicher Gemeindevertreter ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

Jugendring Dresden.

Am 11. Februar wollen wir im Volkswohlsaale unsern 1. Jugendabend abhalten. Unsre Abteilung für Kunstpflege wird das Grillparzersche Lustspiel

Weh dem der lügt!

zur Aufführung bringen. Wir laden alle Freunde unsrer Sache zu diesem Abend herzlich ein. [b 437

Eintrittspreise: 54 Pf. mit Steuer, für numerierte Plätze 2.— M.

Karten sind zu haben in der Geschäftsstelle Kaulbachstr. 7, in den Volksbuchhandlungen Wettinerplatz 10 und Georgstr. 57 und in der Buchhandlung Bender, Waisenhausstr.

Alter Dessauer, Niedergorbitz

5 Min. v. Endstation Wölfnitz. Linie 7. [b 4760

Jeden Sonntag: **Feiner Ball.**

Reichshallen Palmstr. 13, nahe Postplatz. Volkstüml. Kleinkunstbühne Dresdens. Tägl. Paul Lehmanns Varietés. [1343

Aktenständer Aktenregale

M. & R. Zocher Ringstraße 15 (am Bismarckdenkmal).

Kasten- u. Leiterw. 1—5 Ztr. Tragkraft, gute Schmiede- u. Stellmacherarbeit Ganz solide Sache

Klappsportwagen Kinderwagen

billig zu verk.

R. Dittrich Dresden-N., Uliengasse 8, p. Größtes Spezialhaus dieser Art [m 521

Karbid [1313 Lampen u. Laternen in reicher Auswahl. Karbid jd. Menge liefert. **Otto Graichen** Trompeterstr. 15 Zentraltheater-Passage.

Spülkannen Mutterspritzen alle Spülapparate u. Frauenartikel Versandhaus **8 Freiberger Platz 8** Damenbed. — sep. [w 52

Gummiwaren Wilhelm Heusinger Am See 37

Achtung! Felle!

Die höchst. Preise zahlen für Felle [b 4888

Alte Ziegen bis 185 M.
Junge Ziegen bis 110 M.
Schaf-Felle . . . Kilo 24 M.
Kalbfelle, naß, n. G., 58 M.
Kalbfelle, trock., n. G., 85 M.
Rindsfelle, naß, n. G., 28 M.
Marder . Stück bis 670 M.
Fuchs . . Stück bis 400 M.
Iltis . . . Stück bis 150 M.
Maulwurf . Stück bis 6 M.
Hamster . Stück bis 4 M.
Hasen . . Stück bis 18 M.
Zickelfelle, Stück bis 15 M.
Kaninfelle, trocken, Kilo bis 50 M.

Nur **O. Büchner** und **P. Haschke** Reisewitzer Straße 48, II. Händler bevorzugt.

Schellack wird pfundweise gekauft Grunaer Str. 31, I. [1466

Belvedere

Februar-Spielfolge

Very = Paul Marschall
Erna Lutz = Richard Binder
Anna Müller-Lincke
Robert Steidl
Original 2 Kamholz
Duett Anna Müller-Lincke Robert Steidl [1751

Kapelle Heinz Elber : Am Flügel Frank Ross

Buntes Theater

im **Tivoli-Palast,** Wettinerstr. 12 Fernruf: 20 584

7 Uhr **Heitere Kunst** 7 Uhr

Anny Forstmann, Operetten-Diva
Thea Luhn, Münchner Original-Humoristin
Mia Moss, Moderne Sprecherin
Jlonka Szalma, Phantasietänzerin
Max Reich, Humorist
Erich Brauer, Hum. Sprecher u. Conférencier
Irene Ortrud, Opern- und Liedersängerin
Anny Forstmann und Partner: „Die Einzigen"
A. W. Raecke am Flügel [a 289
Schrammelkapelle, München-Wien.

SARRASANI

Das große

Circus

Programm

20 Kunstreiter und Kunstreiterinnen 20
Hohe Schule, Jockeiakte, Saltomortalereiter
Die Todesschaukel, Das Starkstrom-Phänomen
Fridolin König, der Unzerreißbare
Außerdem der Bühnenschwank:
Tante Jutta aus Calcutta
Täglich 7 Uhr

Sonnabend Sonntag Mittwoch 3 Uhr 7 Uhr } 2 Vorstellungen [a 686

Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus und Circuskasse (Sarrasani-Trocadero ab 7 Uhr abends).

Ball-Anzeiger für Freitag den 6. Februar.

Bürgergarten Lübecker Str. 16 Straßenbahnlinien 7, 18, 22 Moderne Ballmusik.

Eldorado Straßenbahnen 1, 6, 12, 13, 19, 21, 23 **Tanz-Eck** Freitags Anfang 6 Uhr.

Die Linden Cotta, Birkenhainer Str. 6 Straßenbahnlinie 13 Freitags 6 Uhr.

Nachtfalter Glacisstraße 28 Straßenbahnlinien 3, 4, 7, 8, 10, 11, 13, 18, 16, 26.

Reichshallen Palmstraße 13 nahe Postplatz Tanzmarken Täglich intimes Kabarett.

Watzkes Ball-Etablissement Leipziger Strasse.

Spiegelsäle, Briesnitz

Straßenbahnlinien 19 u. 21. [1251

Freitag den 6. Februar, abends 6 Uhr

Gr. Damen- u. Herrenball

Neue Dekoration. Z. K. B. Schneidige Musik.

Neu! Kino-Panorama Neu!

4 Altmarkt 4.

Diese Woche: [m 130] Diese Woche:

1. **Ein herrlicher Tag in Venedig**
2. **Eine Wanderung durch Holland**
3. **Im Werdenfelserland (Oberbayr).**

Fata Morgana-Lichtspiele, Dresden-A.

Breite Straße 3 — Fernruf 23 671

Auf vielseitigen **Wunsch** bringen wir nochmals den prachtvollen großen

Sensationsfilm

Opium

Märchenhafte Szenerie u. Ausstattung.

Vorführungen: Wochentags v. 5½ bis 10 Uhr. Sonntags von 3 bis 10 Uhr.

Vorzügliche, gewählte Musik. [a 341

Kein Zahn unter 13 Mark

(nur wenn echt)

Platin, Gramm **195—205 M.**
Brennstifte 75—150 Mark

Kaufe auch von Zahnärzten, Dentisten und Händlern.

Kaufe Donnerstag den 5. und Freitag den 6. Februar im

Hotel Goldner Engel

Wilsdruffer Str. 7, Zimmer Nr. 10 1. Etage, von 9 bis 6 Uhr. [1476

Ich suche

Alte Gebisse

auch zerbrochene, und ganz alte Teile zu kaufen.

zahle pro Zahn bis 10 u. 15 M., in Gold- u. Platinverarbeitung bis 50 M., in besonders wertvoller Verarbeitg. Gebiß bis . . . . **2000 M.**

Da ganz alte Gebisse oft einen besonders hohen Wert repräsentieren (das Wichtigste des Friedens-Anschaffungspreises), dessen Höhe nur fachmännisch festgestellt werden kann, bitte ich, diese Gelegenheit nicht zu versäumen.

Brennstifte, Platin, Tagespreise.

Ankauf nur 2 Tage:

Freitag den 6. und Sonnabend den 7. Februar von 10—5 Uhr

im **Hotel Deutscher Herold** Postplatz. [1260] Arnarius.

Kaufe alte, künstliche

Zähne, ganze und zerbrochene **Gebisse**

Kein Zahn m. Platinstift unt. 13.50

Knopfstifte die Hälfte. [1478

Kaufe jeden Posten.

Brennstifte je nach Größe und Gewicht **bis 150 M.**

Zahle für **Platin** in jeder Form **196—206 M.** pro Gramm. — Einkauf täglich

Große Brüdergasse 21, I. rechts

ununterbrochen v. 9 Uhr früh b. 7 Uhr abends.

Bevor Sie alte Zähne

Gebisse, Platintiegel Brennstifte, Platinabfälle in jeder Form verkaufen, überzeugen Sie sich erst über die hohen Preise, die Sie

Gr. Brüdergasse 21, I. r.

bekommen. Kaufe jeden Posten von Zahnärzten, Dentisten und Händlern zu besonderen Preisen. [1474

Gebisse Zähne, Platin

kauft zu allerhöchstem Preise [1343

pro Zahn bis 85 Mark
Platin, pro Gramm 168 M.
Brennstifte bis 180 Mark

verkaufen Sie am besten nur bei

Schwarz, Seestr. 17, II.

Nur Freitag den 6. Februar

zahlt

Hotel Lingke, Seestr. 1

für 1 alten Zahn mit Platingehalt **12.50 Mark,**
für 1 Gramm Platin **170.— M.**
Brennstifte bis **85.— Mark.**

Ankauf von 9 bis 6 Uhr. [1476

Zahle 30—60 M. für das Kilo **altes Zinn**

Max Haupt, Zinnschmelze, Dresden, Bönischplatz 17, II. Tel. 11 585. [1252

Bekanntmachung.

Kaufe alte Brennstifte von Holzbrandmalerei pro Stück bis 130 M. je nach Gewicht und Größe, sowie Tiegelchen zu höchsten Preisen, das Gramm bis 170 M. Kaufe auch altes [1251

Gold und Silber.

Rath nur Gr. Brüderg. 10, I. Genau auf Haus-Nr. achten.

Auswärtige erhalten Fahrtvergütung.

Altes Zinn, Kupfer, Messing

Stanniol, Schokoladen-Papier, **Quecksilber**

große, auch kleinste Posten, kauft zu höchsten Preisen

Rauch, Große Brüdergasse 21, I. rechts. [1474

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200205/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Arbeiterjugend Ostsachsen

Die Arbeiterjugend und Jugendbildungsvereine Ostsachsens, die die Berichtsbogen für das 3. Quartal 1919/20 — 1. Oktober bis 31. Dezember 1919 — noch nicht an die Bezirksleitung eingesandt haben, werden ersucht, diese sofort auszufüllen und einzusenden. Es fehlen noch die Gruppen Großdubrau, Eibau, Großröhrsdorf, Löbau, Oberfriedersdorf, Seifhennersdorf, Weigsdorf-Köblitz und Niederruppersdorf. Die Parteigenossen werden ersucht, die Jugendleiter auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Sollten noch Jugendgruppen bestehen, die keinen Berichtsbogen von hier erhalten haben, so bitte ich um sofortige Mitteilung. Eine schnelle und geordnete Berichterstattung ist notwendig, um einen Ueberblick über den Stand unsrer Jugendbewegung im Bezirke Ostsachsen zu erhalten.

Konrad Hahnewald

Bezirksleitung: Dresden-A., Ritzenbergstr. 6, 2. Etage.

Sächsische Volkskammer

89. Sitzung.

Mittwoch, 4. Februar 1920.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf auf Abänderung des Gesetzes über

das staatliche Kohlenbergbaurecht

vom 14. Juni 1918.

Abg. **Nitzsche** (Soz.) erstattet den Ausschußbericht und beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen. — Nächster Punkt der Tagesordnung:

Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen

Die Beschlüsse des Finanzausschusses A decken sich im wesentlichen mit der Vorlage.

Abg. **Anders** (D. Vp.) berichtet für den Ausschuß und betont dabei, daß die Vorlage in gewissem Zusammenhange mit der Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne stehe, über die noch eine Vorlage von der Regierung zu erwarten sei. Der Berichterstatter bespricht ausführlich die Einzelbeschlüsse des Ausschusses, ohne dabei jedoch etwas wesentlich Neues zu sagen.

Abg. **Fiedler** (U. Soz.) erklärt, daß seine Freunde die Notlage der Beamten anerkennen und der Vorlage im allgemeinen zugestimmt haben, nicht aber dem, was vom Ausschuß darüber hinaus beschlossen worden sei. Soweit die ärmeren Gemeinden die daraus für sie entstehenden Mehrkosten aufzubringen nicht imstande sind, sollten sie vom Staate übernommen werden. Die Mehrheit habe sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Lage die neuen Lasten zu übernehmen haben. Seine Freunde seien dafür nicht zu haben. Der Redner wendet sich dann dagegen, daß die Demokraten und Mehrheitssozialisten von einer Ausschußsitzung, deren Beginn sich deshalb hinausgeschoben hätte, mit den Regierungsvertretern in Verhandlungen getreten wären, um eine Einigung herbeizuführen. Das sei eine Rücksichtslosigkeit gegen die Minderheitsparteien.

Präsident **Fräßdorf** stimmt dem Vorredner insofern zu, daß angesetzte Ausschußsitzungen unter allen Umständen abgehalten werden müssen.

Ohne weitere Debatte wird die Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung: Dienstag den 10. Februar: Volkskammerordnung; Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Bährig und Genossen über den Ausnahmezustand, die Berliner Vorgänge und die Zeitungsverbote usw.

Sächsische Angelegenheiten

Zur Verreichlichung der Staatsbahnen

Aus Berlin meldet Wolffs Bureau: Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell erläuterte heute vor Vertretern der Presse den augenblicklichen Stand der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich und führte u. a. aus: Aus den Wünschen der Länder heraus, die sich in dieser Richtung mit den Interessen der Reichsregierung decken, wird seit Anfang Dezember v. J. zwischen dem Reich und den Landesverwaltungen darüber verhandelt, ob nicht die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich bereits zum 1. April 1920, also um ein Jahr eher möglich sei, als es die Reichsverfassung vorsieht. Ueber die Zweckmäßigkeit einer solchen Beschleunigung kann kein Zweifel bestehen. Die gespannte wirtschaftliche Lage erfordert von Tag zu Tag mehr, daß der gesamte deutsche Eisenbahnverkehr und -Betrieb von einer Stelle aus geleitet wird. Daneben spricht die Durchführung des großen Steuerprogramms zum 1. April 1920 für die Vorverlegung des Vereinheitlichungstermins auf diesen Tag. Denn den Ländern fehlen von diesem Zeitpunkt an die Mittel, um die Zuschüsse für ihre Eisenbahnetats zu decken. Schließlich drängt die zum 1. April 1920 im Reich einsetzende Besoldungsreform gleichfalls zu einer Früherlegung des Termins. Wenn trotz diesen Notwendigkeiten für eine schleunige Vereinheitlichung die Möglichkeit der Einhaltung des auf den 1. April d. J. gesteckten Termins noch nicht feststeht, so ist diese in den politischen, finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten begründet, die einer derartigen Fusion gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt entgegenstehen. Die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens ist 40 Jahre lang an politischen Rücksichten gescheitert, und es heißt die Zeichen der Zeit völlig verkennen, wenn man glaubt, über die politischen Gegensätze heute, wo sich alle Verhältnisse infolge der Umwälzung verschoben haben, zur Tagesordnung übergehen zu können. Vor allem in Süddeutschland legt man auf die Beibehaltung einer möglichst großen Selbständigkeit im Verkehrswesen Wert. Der Grundsatz der Dezentralisation, der im Verkehrswesen mehr als bisher anzuwenden ist, wird zunächst nur unter Berücksichtigung der politischen Grenzen der Länder durchgeführt werden können. Die oberste Aufsicht und Leitung, die Festlegung der Richtlinien und die Möglichkeit durchgreifender Maßnahmen muß naturgemäß der Zentralbehörde eingeräumt werden. Vor allem muß ein Weg gefunden werden, der das Verhältnis der Reichszentralbehörde zu den Zentralstellen der Länder regelt. Je schneller man die einheitliche Verwaltung schafft, desto schneller kann mit dem systematischen Wiederaufbau des Verkehrswesens begonnen werden. In aller Bälde muß sich entscheiden, ob die Vereinbarung zum 1. April d. J. gelingt oder nicht.

Riesengewinne in Radeberg

Unter dieser Ueberschrift brachte die Dresdner Rundschau in ihrer Nummer vom 24. Januar 1920 eine Notiz mit dem wesentlichen Inhalt, daß im Feuerwerkslaboratorium Radeberg 44 700 Meter Zündertuch hauptsächlich an jüdische Firmen verkauft und den Schiebern zugeführt worden seien.

Diese Behauptungen sind, wie uns von der Staatskanzlei mitgeteilt wird, unzutreffend. Zur weiteren Aufhellung der Angelegenheit wird folgendes bemerkt: Das Zündertuch ist, soweit es nicht unmittelbar an die Verbraucher, zu denen auch die Arbeiter des Feuerwerkslaboratoriums Radeberg gehören, und an die Kommunalverbände abgegeben worden ist, den bezugsberechtigten Fachverbänden, das sind Vereinigungen sächsischer Tuchfabrikanten, verkauft worden mit der Verpflichtung, das Tuch, welches in dem Zustande, in dem es sich befand, zu Anzügen nicht zu verwenden war, erst zu entfärben, nochmals zu walken, zu färben und zu appretieren und dann dem legalen sächsischen Kleinhandel zuzuführen. Die hierbei vom Reichsverwertungsamt in Anlatz gebrachten Preise sind so gehalten, daß eine wucherische Ausbeutung der Bevölkerung ausgeschlossen ist. Sollten jetzt unangemessen hohe Preise im Einzelhandel verlangt werden, so wäre dringend zu wünschen, daß diese Fälle zur Anzeige gebracht würden.

Die Förderung der Bubendorfer Kohlenwerke

bd In einer Eingabe an die sächsische Volkskammer war kürzlich behauptet worden, die wegen Sabotageverdachts unter staatliche Zwangsverwaltung gestellten Bubendorfer Kohlenwerke hätten in ihrer Förderung seit der Uebernahme der Verwaltung durch den Staat ganz erheblich nachgelassen. Die Förderung sei auf 1200 Hektoliter täglich gesunken. In Wirklichkeit sind sowohl Durchschnitts- als Höchstleistungen während der staatlichen Zwangsverwaltung gegenüber der privaten Bewirtschaftung gestiegen. Am 14. Juli 1919 setzte die Zwangsverwaltung ein. Die Förderung betrug im Durchschnitt in diesem Monat 6888 Hektoliter täglich, die Höchstleistung war 8280 Hektoliter. Im August waren die entsprechenden Zahlen 8188 bzw. 9870, während im August 1918 die betr. Zahlen 7047 bzw. 8247 gewesen waren. Im September 1919 war die Durchschnittsleistung 8108, die Höchstleistung 9282 Hektoliter. Im Jahre vorher aber nur 7849 bzw. 8388 Hektoliter. Im Oktober 1919 belief sich die Förderung auf 7222 bzw. 8856 Hektoliter, dagegen im Oktober 1918 auf nur 5887 bzw. 5004 Hektoliter. Im November 1919 war der Unterschied noch stärker, denn es wurden im Durchschnitt 7697 Hektoliter, als Höchstleistung 9990 Hektoliter gefördert gegen 4807 bzw. 7404 Hektoliter im Jahre 1918. Auch im Dezember 1919 war die Förderung größer als im Dezember 1918, denn sie belief sich auf 6728 bzw. 8772 Hektoliter gegen 6043 bzw. 7284 Hektoliter im Jahre 1918.

Gegen das Verschroten von Brotgetreide

Das Landespreisamt schreibt: In letzter Zeit mehren sich ganz besonders die Anzeigen von Verfehlungen gegen die Verordnung des Wirtschaftsministeriums betr. Schrotmühlen vom 6. September 1919 (Sächsische Staatszeitung Nr. 206 vom 9. September 1919). Es sei an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, daß nach erwähnter Verordnung die Benutzung von Schrotmühlen zur Verarbeitung von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelz usw.) untersagt ist. Andre Früchte der im § 2 der Reichsgetreideordnung bezeichneten Arten (zum Beispiel Gerste und Hafer) dürfen nur zur Herstellung wirtschaftlich notwendigen Futterschrotes und nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde in Schrotmühlen verarbeitet werden. Der Antrag muß unter Darlegung der Gründe schriftlich gestellt werden und hat die Menge und die Art der zu verarbeitenden Vorräte zu enthalten. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sind verpflichtet, ihre Schrotmühlen dem Kommunalverband anzumelden. — Als Schrotmühle im Sinne der Verordnung gilt ohne Rücksicht auf die Bezeichnung jede nicht gewerblich betriebene Mühle und sonstige Vorrichtung, die zum Mahlen, Schroten und Quetschen von Getreide geeignet ist, mag sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Schrotmühlenverordnung und gegen die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnungen des Kommunalverbandes werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung bestraft.

Gegen die Preistreiberei im Heu- und Strohhandel

nahm die Zittauer Handelskammer in ihrer letzten Sitzung Stellung. Eine Firma des Bezirks, die sich vorzugsweise mit dem Stroh- und Heuversand befaßt, hatte der Kammer mitgeteilt, seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Raufutter habe im Heu- und Strohhandel eine ungeheure Preissteigerung eingesetzt. Diese sei nicht etwa eine Folge des Mangels an Heu und Stroh, denn die diesjährige Ernte sei gut ausgefallen und daher sei Stroh und Heu in Mengen vorhanden. Vielmehr sei der Grund der, daß in letzten Zeit sehr große Massen von Stroh nach dem besetzten Gebiet verschoben worden seien. In ganz unverantwortlicher Weise werde Stroh zu den höchsten Preisen aufgekauft, da trotz dem hohen Preise immer noch infolge des Tiefstandes unsrer Valuta bei einer Verschiebung in das besetzte Gebiet ein Riesengewinn erzielt werde. Infolge dieser Verschiebungen aber liefen wir Gefahr, im Frühjahr ohne Stroh zu sein, woraus sich Futtermangel für unser Vieh ergeben werde. Um dieser Gefahr vorzubeugen, müßten umgehend Schritte getan werden, diese Verschiebungen von Stroh nach dem besetzten Gebiet unmöglich zu machen. Die Kammerleitung hat bei den von ihr angestellten Erörterungen das Vorliegen dieser Mißstände bestätigt erhalten. Sie ist deshalb an das Wirtschaftsministerium mit dem Ersuchen herangetreten, die weitere Verschiebung von Stroh und Heu unmöglich zu machen und bei der Reichsregierung auf alsbaldigen Erlaß eines Ausfuhrverbotes hinzuwirken.

Verlegung der Forstakademie

Die Frage, ob die Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig oder die Technische Hochschule in Dresden angegliedert wird, ist nach einer Mitteilung der Akad. Nachr. zur Zeit in Dresden Gegenstand eingehender Beratungen in den beteiligten Ministerien. Die Entscheidung hat wegen Erkrankung des Finanzministers noch nicht stattfinden können, wird aber jedenfalls spätestens im Monat März erfolgen.

Der Eisenbahnrat

Am 7. Februar wird in Dresden eine Sitzung des der Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen beigeordneten Eisenbahnrates stattfinden, in der in der Hauptsache Mitteilungen über die mit der Verreichlichung der Sächsischen Staatseisenbahnen zusammenhängenden Verkehrsfragen und über die geplanten weiteren allgemeinen Tarifzuschläge gemacht werden sollen.

Der Sternsteinhof

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber

Nun lachten die Bursche. Die Dirnen sahen sich achselzuckend an.

„Laß's gut sein," sagte Toni zu dem Mädchen, das darüber ganz verblüfft dreinsah, „heut' übers Jahr lachen s' nimmer."

Während es in der Schankstube „hoch" herging, hatten sich im Tanzlokale die Zwischenbüheler grollend in eine Ecke zusammengedrängt.

„Das geht nit an!" sagte ein stämmiger Bursche, der alle um eine volle Kopflänge überragte. „Kein zweit's Mal dürfen wir die Sackermenter nimmer zum Tanz antreten lassen, sonst wär's g'fehlt; nachher stunden wir bis in d'Fruh da h'rum wie denen ihnere Narren und 'n Menschern zum Spott! Fackeln wir mit lang! Dö werd'n mer doch noch meistern können? Geh'n wir über sie! Dö soll'n schneller draußt sein, wie's h'reinkommen sein!"

„Fangen wir was an mit sö!" murmelten ein paar Eifrige.

„Nix leichter wie döss," fuhr der Stämmige fort, „geht's jeder, dem sein' Dirn' sich hitzt d'rüben traktiern laßt, und schafft's ihr 's Herüberkommen."

Die Betreffenden murrten: Die Dirnen könnten in drei Teufels Namen bleiben, wo sie wären, es läg' keinem mehr etwas an der seinen.

„Des Löllappen," schrie der Aufhetzer, „freilich liegt an keiner nix, aber das können wir uns Zwischenbüheler Bub'n doch nit nachsagen lassen, daß da im eigenen Ort nit wir die Herren wären, sondern dö von Schwenkdorf! Geh', Kleebinder Muckerl, du bist kein' so Letzfeigen und dir kann an deiner Dirn schon was lieg'n. Biet' s' umhi! * Wir stehen schon zu dir!"

Dieser Auftrag kam dem Muckerl sehr gelegen. Das in ihn gesetzte Vertrauen und der zugesagte Beistand hoben seinen Mut. Er war gekränkt und gereizt durch die rücksichtslose Weise, mit der ihn Helene verlassen hatte und allein stehen ließ, unbekümmert darum, wie ihm dies gefallen oder nicht gefallen mochte. Er wollte einmal öffentlich sein Recht auf die Dirne behaupten und sie zwingen, es selbst anzuerkennen, denn die Hochnäsigkeit, mit der sie ihn bisher unter vier Augen behandelte, scheut sie sich wohl hier vor den Leuten zu zeigen. Mag sie nachher paar Tage trutzen, aber auch wissen, daß er nicht der Bursche sei, der sich just alles gefallen ließe; das macht ihm Ehr' und lehrt sie nachgeben.

Er trat also in die Schankstube und sagte: „Gleich geht der Tanz wieder los."

Ein Schwenkdorfer sagte über die Achsel weg: „Danken schön fürs Ansagen. Braucht's nit z'fürchten, daß wir wegbleiben."

„Um euch is kein' Frag'. Bleibt's, wo's wollt's. Helen'!"

Sie sah nach ihm und tat ganz unbefangen.

„Komm her!"

„Nit schlecht," lachte der Toni. „Du halt'st s' wohl für ein' Pummerl,* der laufen müßt, wenn du „schön herein da" sagst?"

„Mit dir red' ich nit, Sternsteinhoferbub," sagte Muckerl. „Helen', komm' mit mir h'raus, sag' ich!"

„Ja, wenn du so ein g'strengen Herrn hast," höhnte Toni gegen das Mädchen, „dann heb' dich nur lüftig und eil'!"

Helene saß zornrot, sie streckte die gefalteten Hände in den Schoß und zog die Beine unter den Stuhl.

„Du siehst, sie will nit," fuhr Toni, zu Muckerl gewendet, fort, „geh' dir also a andre suchen, uns is nit um dein' G'sellschaft."

„Ich geh' nit ohne ihr."

„Hüblinger," schrie der Toni einem vierschrötigen Burschen zu, „mir scheint, der find't nimmer die Tür', weis' ihm 'n Weg."

Der breitschultrige, baumlange Bursche trat auf Muckerl zu und gab ihm einen leichten Stoß, der den kleinen Herrgottmacher gleichwohl wanken machte. „Geh', sei g'scheit," sagte er zu ihm, „moch' fort bist ja unnötig."

„Nein," knirschte Muckerl.

„Na, sei nit dumm, Büberl," sagte autmütig der Hüblinger. „Wirst doch mit woll'n, daß ich dir was mit auf'n Weg gib? Könnt'st z schwer d'ran z'tragen haben."

Da Muckerl in das laute Gelächter der Schwenkdorfer auch etliche Zwischenbüheler einstimmen hörte, so geriet er vor Wut außer sich und führte nach der Brust seines Gegners einen Faustschlag. Der Hüblinger sah ganz verdutzt darein, als er sich für seine gute Meinung so übel gelohnt fand und holte eben mit der Rechten sehr sachte, fast fürsorglich aus, da stürzte der Toni dazwischen.

„Den laßt's mir," schrie er, „das is mein Mann!"

Nach kurzem Ringen ward der Kleebinder Muckerl in eine Ecke geschleudert und schlug dort so wuchtig mit dem Rücken gegen eine scharfe Tischkante, daß er, laut aufstöhnend, zusammenbrach.

Da kam durch die Türe ein irdenes Weinkrüglein geflogen, das offenbar nach dem Kopfe des Toni gezielt, aber zu hoch angetragen war, es schmetterte gegen das Kinn Hüblingers, der stand starr, aber nur einen Augenblick, dann fuhr er, wie toll, aus der Stube; das hatten die Zwischenbüheler vorausgesehen, sie stoben auseinander, und einer, der sich außen knapp an die Mauer drückte, stellte dem Verfolger ein Bein, so daß der mit großem Gepolter hinfiel und nun versuchten sie ihn an den Armen und beim Schopfe nach dem Tanzboden hinüberzuziehen. Hüblinger, dem sofort die Vermutung aufdämmerte, daß es ihm, wenn er heraußen bliebe, wohl weniger „verschlüge", als wenn ihn seine Gegner hineinbekämen, begann aus Leibeskräften zu schreien: „Helft's, helft's, helft's mer doch, Leutein!"

Auf das eilten die Schwenkdorfer herbei und faßten ihn an den Füßen und zogen ihn daran zurück. Es begann ein erbittertes Hin- und Hergezerre. Bald war der Hüblinger mit Kopf und Armen im Tanzlokal, bald mit den Beinen, so lang sie waren, in der Schankstube, immer aber mit dem Rumpf in dem Flur. Mit einmal boten die Zwischenbüheler ihrerseits alle Gewalt auf und als sie vom andern Ende her auch den äußersten Kraftaufwand verspürten, ließen sie lachend los, die Schwenkdorfer prallten zurück und schleiften, bis in die Mitte der Stube taumelnd, den Gereiteten nach sich, dessen Gesicht dabei die Diele fegte, bis sie ihn schwer auf selbe niederplumpsen ließen.

Der Riese blieb eine Weile auf beiden Ellbogen und Knien mit nachdenklich gesenktem Haupte liegen und überlegte den Fall, der so ganz sein eigener war, dann raffte er sich empor, bedeutete, daß er für diesmal genug habe und die andern ihre Sache ohne ihn ausmachen könnten; wankte in eine Ecke und blieb dort, den Kopf zwischen den Händen, sitzen.

Die andern wollten eben daran gehen und seinem freundlichen Rate folgend, die Sache ohne ihn zum Austrag bringen, als der Wirt herbeigeeilt kam.

„Hansl! Hansl!" zeterte er.

* Biet' s' umhi — Biete sie umhie, d. h. Gebiete ihr hierher zu kommen.

* Pummerl — Pommer, Spitz, kleiner Hund.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200205/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Helft und gebt!

Um den in großer Not befindlichen deutschösterreichischen Genossen eine Hilfe zukommen zu lassen, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Geldsammlung ausgeschrieben. Der Ortsausschuß Dresden (Gewerkschaftskartell) hat nun diese Sammellisten in Umlauf gesetzt.

Gleichzeitig oder in geringem Abstand soll für unsre Dresdner Arbeitslosen eine Sammlung vorgenommen werden, um hier zur Linderung der schlimmsten Notfälle beizutragen.

Wenn wir für Oesterreich keine Nahrungsmittel abgeben können, weil wir diese selbst so bitter nötig brauchen, und wenn wir auch nicht in der Lage sind, die Kinder Oesterreichs zur besseren Ernährung zu uns zu nehmen, weil wir ihnen nichts bieten können, so wollen wir doch alles tun, um durch Aufbringung von Geldmitteln zur Linderung der Not beizutragen. So auch für die Dresdner Arbeitslosen. Hier ist teilweise durch die Länge der Arbeitslosigkeit bittere Not eingetreten. Jeder in Arbeit Stehende gebe für diese Zwecke seinen Teil. Wo noch keine Sammelliste war, soll sie eingefordert werden. Gebt reichlich und schnell.

Herabsetzung der Brotration

Innerhalb des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und -Neustadt) wird für den Rest der laufenden Brotscheinreihe die Gültigkeit der über 1½ Kilogramm lautenden Kopfmarke vom vierten Wochenstreifen der Brotvollkarten — 8. bis 14. Februar 1920 — auf ein Kilogramm herabgesetzt. Die Gültigkeit der über 100 Gramm Schwarzbrot lautenden Einzelmarken aller Brotkarten wird nicht verändert. Hierdurch wird für alle Personen im Alter von vier Jahren und darüber die Brotration für die genannte Woche um ein Pfund Schwarzbrot herabgesetzt. Kinder im ersten bis vierten Lebensjahre erhalten ihre Brotration unverkürzt weiter. Auf die Zeit vom 15. Februar 1920 an erfolgt Neufestsetzung der Brotration durch besondere Bekanntmachung. Es erhalten alsdann wöchentlich Kinder im ersten Lebensjahre ein Pfund Schwarzbrot, Kinder im zweiten bis sechsten Lebensjahre drei Pfund Schwarzbrot, alle übrigen Personen drei Pfund 400 Gramm Schwarzbrot.

Ein wichtiges Gutachten

Die Vereinigung der sächsischen Jugendschriften-Ausschüsse hat an den Rechtsschutz des Sächsischen Lehrervereins folgende Anfragen gerichtet:

1. Können die Lehrer auf Grund gesetzlicher Unterlagen auf die Buch- und Papierhändler dahin einwirken, die Schundliteratur nicht öffentlich auszulegen oder anzupreisen?
2. Können die Lehrer den Händlern drohen, die Kinder zu veranlassen, bei ihnen nicht zu kaufen, falls sie Schund feilbieten?
3. Kann dies eine Klage wegen Geschäftsschädigung nach sich ziehen?

Darauf hin ist von juristischer Seite folgendes Gutachten eingegangen:

Zu 1. Gesetzliche Vorschriften stehen nur zur Verfügung in den §§ 184 und 184a des Strafgesetzbuches. Sie beschränken sich aber auf unsittliche oder das Jugendgefühl gröblich verletzende Schriften usw.

Zu 2. Die Frage führt auf das Gebiet des Boykotts. — Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat sich mehr und mehr befestigt dahin, daß um einen Boykott als rechtswidrig zu bezeichnen, er im Sinne des § 826 B.G.B. gegen die guten Sitten verstoßen müsse. Wir sind der Ansicht, daß das in Ihrem Falle ausgeschlossen ist. Sie können also gerade dieses nach Befinden wirksamste Mittel mit aller Schärfe handhaben.

Zu 3. Die Frage ist damit schon erledigt. Ist der Boykott nicht rechtswidrig, verstößt er nicht gegen die guten Sitten, sondern soll er gerade dazu dienen berechtigte öffentliche Interessen wahrzunehmen, so kann von einer Schadenersatzklage nicht die Rede sein. Dabei ist unter diesem Gesichtspunkte nicht zu unterscheiden zwischen sexuellem oder anderm Schund.

Ankunft von Scapa-Flow-Leuten

Gestern vormittag 8 Uhr 24 Minuten trafen mit dem Personenzug über Leipzig gegen 50 Marineleute von Scapa-Flow ein. Die Hälfte der Matrosen ging in Uniform, an ihren Mützen konnte man lesen, daß es Leute der verschiedensten Kriegsschiffe waren, die andre Hälfte war in Zivil. Man führte sämtliche Marineleute in den Empfangssaal des Hauptbahnhofs zur Rast. Wer von ihnen weiterfahren mußte, so alle Leute, die nach ihren Heimatorten an der schlesischen Linie fahren wollten, 32 an der Zahl, hatten nur kurzen, 20 bis 25 Minuten währenden Aufenthalt. Hunderte von Menschen hatten sich im Bahnhof angesammelt, darunter viele Angehörige, Väter, Mütter und Geschwister der Heimkehrer.

Verurteilte Diebesbande

Umfassende Diebstähle verübte eine Anzahl Angeklagter unter Führung des 27jährigen Maschinenarbeiters Paul Albert Held. Außerdem gehörte noch mit zur Kolonne der 36jährige Arbeiter Albert Max Küstner, der 43 Jahre alte Kaufmann Robert Tendloff, die 28jährige Arbeiterin Anna Marie Schrempel, die 30jährige Wickelmacherin Sophie verw. Zierfelder, der Schlosser Willi Reinhold Hermann und dessen Ehefrau. Held unternahm im September 1919 mehrere Einbrüche in das Sanitätsdepot des 12. Armeekorps, wo er 150 Operationsmäntel im Werte von über 5000 M. stahl und verkaufte. Bei den weiteren Diebstählen sind die andern Angeklagten mehr oder minder beteiligt. Zwei Einbrüche galten einem Fahrradgeschäft in der Königsbrücker Straße, wo den Dieben Fahrräder, Taschenlampen, Fahrradlampen und andre Gegenstände in die Hände fielen. Es handelte sich um große Werte. In einem Schuhwarengeschäft stahlen sie sechs Paar Schuhe und in mehreren Produktengeschäften Lebensmittel. Die Haupttätigkeit der Bande war aber das Stehlen von Kaninchen, Hühnern, Enten und Gänsen aus Ställen in Schrebergärten. Der Schlosser Hermann hat für Held eine Anzahl Sperrhaken angefertigt. Die mitbeteiligten Frauen waren Geliebte von Held und wurden durch Drohungen bewegt, sich teils zu beteiligen, teils die geschlachteten Tiere genießbar zu machen. Das Urteil lautete bei Held auf zwei Jahr sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust, bei Küstner ein Jahr, Tendloff neun Monate, Hermann zwei Monate, die Zierfelder ein Monat, die Hermann zwei Wochen und die Schrempel eine Woche Gefängnis.

Die angekündigte Aussprache in der Volkskammer über die Interpellation wegen des Belagerungszustandes findet erst nächsten Dienstag statt. Die Kammersitzung mußte heute ausfallen, da sich plötzlich Fraktionsbesprechungen nötig machten.

Forschungsinstitut für Textilindustrie. Der Rat hat den Vertrag mit dem Verein zur Errichtung eines deutschen Forschungsinstituts für Textilindustrie über die von diesem bedungene unentgeltliche Gewährung eines Bauplatzes für das Institut genehmigt. Es wird das städtische Land an der Abelen- und Helmholtzstraße zur Verfügung gestellt.

Die Beförderungspreise für Güter, Handgepäck und Hunde auf der Straßenbahn werden der Erhöhung der Personenfahrpreise entsprechend in der Weise festgesetzt, daß der Grundpreis für Gepäckstücke und Hunde von 30 auf 40 Pf. erhöht wird.

Die Haltestelle der Straßenbahnlinie 5 an der Werderstraße soll nach der Uhlandstraße und dem Lindenauplatz verlegt werden.

Als Vertreter der Altersschaft wurden in den Schulausschuß gewählt: Kaufmann Georg Schöne, Döbelner Straße 21; Sekretär Hermann Saarkamm, Wittenberger Straße 46; Hilfsarbeiter Richard Burhold, Trachenberger Straße 28; Frau Elise Thümmel, Blüherstraße 46.

Eine Stiftung zugunsten der Stadt soll nach der Verfügung der verstorbenen Frau M. S. Hänsel, geb. Benad, die Stadt aus dem von ihr hinterlassenen Vermögen errichten, aus der alljährlich zu Weihnachten kleinere und größere Spenden im Betrage von 50 bis 200 M. auszuteilen sind. Weiter sind Spenden von 500 bis 2000 M. für besondere Zwecke (Erholungsreisen, Berufsausbildung usw.) zu gewähren. Die zur Errichtung der Stiftung erforderliche Satzung wurde vom Rat genehmigt.

Die Grippe tritt auch in Dresden seit einigen Tagen mit ziemlicher Heftigkeit auf. Am Freiberger Platz war am Mittwoch eine ganze Familie an Influenza so schwer erkrankt, daß die Eltern mit ihren Kindern nach dem Krankenhause übergeführt werden mußten. In einigen Fällen hat die Krankheit in anderthalb bis zwei Tagen zum Tode geführt. Die Gerüchte, daß die Lungenpest in Dresden herrsche, sind jedoch unbegründet.

Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen hält am 5. Februar, 7 Uhr abends, seine Mitgliederversammlung im Restaurant Glashütte, Schreibergasse, ab. Aufnahmen werden daselbst entgegengenommen.

Vermischte Nachrichten. In einer Wohnung der Großen Zwingerstraße wurde am Mittwoch abend ein 65 Jahre alter Schuhmacher mit Gas vergiftet tot und ein 45 Jahre alter Arbeiter besinnungslos aufgefunden. Beide lagen in ihren Betten, während in der anstoßenden Werkstatt der Gasbahn geöffnet war. Der letztere konnte durch Inhalieren mit Sauerstoff nach einer Stunde gerettet werden. Er wurde dem Krankenhause zugeführt. — Ein schwerer Unfall trug sich am Mittwoch abend an der Ecke der Leipziger und Köyschenbrodner Straße zu. Dort war ein Kutscher der Saxoniamühle von seinem Wagen herabgestürzt und unter denselben geraten. Ein Rad war über seinen Kopf hinweggerollt und hatte ihn sehr schwer verletzt. Der Besitzer der Mühle kam selbst an die Unfallstelle und veranlaßte seine Ueberführung nach dem Krankenhause. — Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag auf der Glacisstraße. Dort wurde ein 15 Jahre alter, in der Tschaikowskystraße wohnhafter Schlosserlehrling R. von dem Anhänger eines Lastkraftwagens, der ins Schleudern geraten war, erfaßt und überfahren. Schwer verletzt und besinnungslos wurde er aufgehoben und nach dem Krankenhaus Johannstadt befördert. — Durch Leuchtgas betäubt fand man am Mittwoch nachmittag eine in der Kleinen Kirchgasse wohnhafte 29 Jahre alte Kellnerin-Ehefrau vor. Die durch Unglücksfall schwer erkrankte Frau kam wieder zur Besinnung.

Aus dem Dresdner Parteileben

Bezirk Mickten u. Umg. Freitag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Marskeller, Alttrachau 14.

Bezirk Pieschen. Freitag abend Sitzung.

Das Echo

Die Radauantisemiten und die Dresdner Presse

Es ist interessant, sich die Berichte der einzelnen Dresdner Blätter über die zur Aufklärung über die Judenfrage veranstaltete Vereinshausversammlung anzusehen. Die Versammlung bekam ja dadurch ihre besondere politische Aktualität, daß die Antisemiten sie zum Aktionsfeld ihrer Radaugelüste machten und damit bewiesen, daß sie im Laufe der Jahre auch nicht um das Geringste reifer geworden sind. Alte Graubärte, die einst in der verflossenen Hochkonjunktur des Antisemitismus als schnoddrige Jünglinge die Argumente Andersdenkender niederbrüllten, tun es heute noch ebenso rüpelhaft. Und die deutschvölkische Jugend von heute eifert ihnen nach. Von diesen Radauantisemiten gilt das derbe Volkswort: Dumm geboren, nichts gelernt und alles wieder vergessen.

Und weil das so ist, darum ist es von Interesse, wie sich die einzelnen Blätter diesen Radauantisemiten gegenüber stellen. Der deutschnationale Abgeordnete Lehnig hat gezeigt, daß man auch in diesem Meinungsstreit ein sachlicher Gegner sein kann und die Brüllaffentaktik der Radauantisemiten ablehnen und verurteilen muß. Auch die Presse, die neben ihren engeren parteipolitischen Aufgaben noch weitere, allgemeinere Aufgaben zu erfüllen hat, müßte, gleichviel welche Stellung sie den Juden gegenüber einnimmt, diese vergiftende, würdelose, engstirnige, rüpelhafte Kampfesweise der Radauantisemiten einhellig und bestimmt ablehnen. In diesem Sinne werden die Berichte der Presse zu Spiegeln. Blicken wir hinein:

Eine klare und unumwundene Absage an die Radauantisemiten findet sich nur in den Neuesten Nachrichten, die ihren Bericht Eine Kulturschande überschreiben und dann sagen:

> Zweifel an der Zukunft unsres deutschen Volkes müssen erwachen, wenn man die sinnlose und pöbelhafte Art mit angesehen hat, mit der ein Haufe trüber nationalistischer Elemente die Versammlung mit Pfeifen, Sirenenschrillen, blödsinnigen Zwischenrufen zu sprengen suchte. Alte bärtige Männer, denen der Fanatismus der Dummheit und Bosheit aus den Augen leuchtete, und irregeleitete, bedauernswerte Jugend. Sicherlich sind auch zahlreiche Judengegner dagewesen, die diese wüste Gassentaktik ihrer Anhänger ehrlich verurteilten. Leider vermochten sie nicht durchzudringen. Es wird von antisemitischer Seite den Juden immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie sich ihren Gegnern nicht in Rede und Gegenrede gegenüberstellten. Hier taten sie es nun, und da suchten ihre Gegner sie mangels besserer Waffen des Geistes einfach niederzuschreien. Es war traurig und armselig. Und es gelang ihnen nicht. Es war ein starker moralischer Sieg der Gegner des Antisemitismus.

Wesentlich sanfter und unentschiedener drückt sich der Dresdner Anzeiger aus:

> Es ist bedauerlich, daß derartige störende Aussprachen über Probleme unsrer Zeit in den letzten Monaten so oft durch unsachliche Lärmszenen gestört wurden.

Das ist bezeichnenderweise alles, was er dazu zu sagen hat. „Es ist bedauerlich" — ja, es ist wirklich bedauerlich!

Die Dresdner Nachrichten, die mit den Antisemiten Blutsbrüderschaft geschlossen haben, die Geist von ihrem Geiste sind, berichten in einem Satz:

> Sämtliche Redner wurden durch Pfeifen und lärmende Zwischenrufe fortwährend unterbrochen, so daß sie sich zeitweise kein Gehör verschaffen konnten.

Kein Wort, kein Wörtchen einer Verurteilung. Es ist begreiflich — es wäre eine Verurteilung ihrer selbst gewesen. Aber sie berichten obendrein falsch: Sämtliche Redner usw. — nein, nur die Redner, die gegen die Judenhetze sprachen, wurden von den Antisemiten niedergebrüllt. Die Antisemitengegner waren durchaus bereit, auch den Widersachern ruhig anzuhören.

Das Radebeuler Tageblatt schreibt:

> Ein Unbefangener mußte den Eindruck gewinnen, daß es von einer verhetzten jugendlichen Seite nur auf die Provozierung eines Skandals abgesehen war.

Im Glückauf aber wetteifert ein Prachtschmock mit der „kühnen" Phantasie eines Karl May. Als einziger in der ganzen Versammlung merkte dieser Schmock, daß Genosse Grötzsch „auch die Unabhängigen und Kommunisten gegen sich" hatte. Als einziger hat er gesehen, daß Rabbiner Dr. Lange „in eine solche Erregung geriet, daß er . . . nur mit Mühe beruhigt werden konnte" und „daß er von den Versammlungsleitern auf seinen Sitz niedergedrückt werden muß". Und dann überbietet dieser Glückaufbericht wie eines der übelsten Nic-Carter-Hefte:

> Die Aufregung geht in eine solche Siedehitze über, daß es jetzt zu Schlägereien kommt. Mit Spazierstöcken geht man aufeinander los, in das Gesicht, auf die Köpfe sausen die Schläge nieder. Man packt sich bei der Kleidung, Ohrfeigen schallen durch den Saal. Stühle splittern, Frauen kreischen auf, Rufe nach der Gendarmerie ertönen . . . Der ganze Saal ist ein einziger Schrei, Trampeln, Pfeifen, Klatschen, Brüllen, Schimpfreden erfüllen den hohen Raum. An vielen Stellen haben Besonnene alle Hände voll zu tun, Kampfhähne, darunter selbst ältere Herren, voneinander zu trennen . . . Aengstliche Frauen flüchten vor dem Tohuwabohu im Saal und werden auf das Podium gezogen.

Der Radau, den die Antisemiten machten, war schlimm, aber dieser Glückauf-Nic-Carter überbietet das Geleistete noch — vielleicht engagieren ihn die Antisemiten als Regisseur ihrer Radaufeldzüge. Vielleicht wäre dieser Phantast eine andre Attraktion neben dem Schriftsteller Pöschel, der sich in der Debatte als unersättlicher Judenfresser bewährte, der schon in allen möglichen politischen Farben schillerte, der heute als Antisemit und Deutschnationaler sein Wanderrednerbrot verdient und über den das Anhalter Volksblatt am 30. September 1915 zu berichten wußte, daß er vom Wiener Landesgericht zu acht Monaten schweren Kerkers wegen Erpressung durch eine Zeitschrift an der Wiener Kreditbank verurteilt wurde. Ihm jubelten die Antisemiten zu, die ihre Trillerpfeifen am liebsten sogar gegen ihren Abgeordneten, Herrn Lehnig, hätten tönen lassen. Sie müssen ja wissen, was sie an ihm haben — weiß es auch die Deutschnationale Partei, in deren Namen er auftritt?

Die neue Stadt vor dem Bezirksausschuß

Zu der Vereinigung der Gemeinden Deuben, Döhlen und Potschappel zu einer Stadt mit Neubierer Städteordnung nahm am Mittwoch der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt Stellung. Der Berichterstatter Regierungsrat Dr. Thoering betonte, daß die Angelegenheit für den ganzen Bezirk von wesentlicher Bedeutung sei. Da in der Oeffentlichkeit vielfach irrige Meinungen über den Standpunkt der Aufsichtsbehörden aufgetaucht sein sollen, gab er zunächst einen Rückblick über die Vorgeschichte der Vereinigungsfrage, die bis 1903 zurückreicht. Schon 1908 stand man dicht vor der Verwirklichung des Projekts, als die damalige Regierung Vitzthum-Beck, obgleich sie anerkennen mußte, daß die Gemeinde Deuben, die damals der treibende Faktor war, bereits stadtähnlichen Charakter trug, einen Strich durch die Rechnung machte, weil es an einem ausreichend seßhaften Mittelstand fehle, der ein Interesse an der ruhigen Weiterentwicklung des Gemeindewesens habe. Dahinter versteckte sich die Furcht vor der Arbeiterschaft, vor der alle praktischen Erwägungen und auch die Interessen der Bewohner des Plauenschen Grundes zurücktreten mußten.

1913 teilte die Gemeinde Deuben dem Bezirksausschuß mit, daß sie den Plan nicht weiterverfolge. Die Oeffentlichkeit hat sich aber mit ihm weiter beschäftigt und nach der Revolution und insbesondere nach der neuen Zusammensetzung der Gemeinderäte wurde flott gearbeitet. Am 14. Januar 1920 haben die Gemeinderäte in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, die drei Gemeinden sollen sich am 1. April vereinigen. Die drei Gemeinden haben am 26. Januar der Amtshauptmannschaft ihre Absicht unterbreitet und ein Ortsgrundgesetz, ein Vereinigungsgesetz, eine Vermögensübersicht und einen vorläufigen Haushaltplan vorgelegt. Der Berichterstatter bemerkte, daß das Ortsgesetz zu Bedenken keinen Anlaß gäbe, daß aber die Amtshauptmannschaft eine völlige Klärung des Verhältnisses zum Bezirk zur Bedingung machen müsse.

Ueber die Wahl des Namens hätten selbstverständlich die drei Gemeinden zu entscheiden. Immerhin empfehle die Amtshauptmannschaft doch die Wahl eines andern Namens. Plauenscher Grund erscheine recht unpraktisch. Der Name Weißeritz läge wohl am nächsten. Der Haushaltplan habe die größte Bedeutung, erscheine aber nicht ganz unbedenklich. Auf dem ersten Blick gewinne man den Eindruck, als ob die Tendenz vorliege, die Ausgaben möglichst niedrig zu halten. Da die beigebrachten Unterlagen noch mangelhaft seien, könne die Amtshauptmannschaft sich ein endgültiges Urteil noch nicht bilden. Jedenfalls werde aber ein Fehlbetrag von 376 000 M. aufgeführt. Ob dieser auf die Stadtgründung zurückzuführen sei oder auf die allgemeinen Verhältnisse, dies zu entscheiden, bedürfe es noch einer Aufstellung der Vermögensverhältnisse der einzelnen Gemeinden. Trotzdem habe schon jetzt die Amtshauptmannschaft den Eindruck, daß mit dem eingesetzten Betrag auf keinen Fall auf die Dauer auszukommen ist, vielmehr der Fehlbetrag von 376 000 M. wesentlich überschritten werden wird. Inwieweit darin etwa ein Hindernis für die Vereinigung liegen kann, lasse die Amtshauptmannschaft dahingestellt, jedenfalls werde sie daran ihre Befürwortung nicht scheitern lassen, natürlich müsse sie die Kreishauptmannschaft auf ihre Bedenken aufmerksam machen.

Der Berichterstatter erwähnte dann weiter, daß in Eingaben der Grundbesitzervereine der drei Gemeinden sowie von Niederhäslich und Niederpesterwitz behauptet wird, daß von dem genannten Fehlbetrag allein 105 750 M. Kosten durch die Vereinigung der drei Gemeinden entstehen. Die Verwaltungskosten der drei einzelnen Gemeinden würden also zusammen um diesen Betrag niedriger sein. Bekanntlich haben diese Vereine eine rege Propaganda gegen die Vereinigung veranstaltet und unter Verteilung eines Flugblattes mit beigefügtem Stimmzettel eine geheime Abstimmung unter der Bevölkerung der drei Gemeinden vorgenommen. Danach sollen von den 14 000 Stimmberechtigten der drei Gemeinden in Deuben 4531, in Potschappel 1697 und in Döhlen 972, im ganzen also 7200, somit etwas über die Hälfte, sich gegen die Verschmelzung ausgesprochen haben. Da diese Volksabstimmung nicht von der Amtshauptmannschaft veranlaßt worden ist, könne sie in der ganzen Angelegenheit auch keinen Einfluß ausüben. Die Sache werde dem Ministerium vorgelegt werden. Das Votum des Berichterstatters ging schließlich dahin, die beiden Ortsgesetze der Kreishauptmannschaft zur Genehmigung vorzulegen und dabei gleichzeitig auf die Bedenken hinsichtlich des Haushaltplans und die Notwendigkeit einer Namensänderung hinzuweisen.

In der sich hieran anschließenden Debatte hielt es der Amtshauptmann für notwendig, zum Vergleich die Voranschläge der Verwaltungskosten der drei einzelnen Gemeinden für den gleichen Zeitraum einzufordern. Er wies auch darauf hin, daß seinerzeit die von den Gemeinderäten Cossmannsdorf und Somsdorf beschlossene Vereinigung beider Gemeinden von der Einwohnerschaft Somsdorfs mit großer Mehrheit abgelehnt und dadurch vereitelt

worden sei. Vorläufig bestehe aber keine gesetzliche Vorschrift über eine Volksabstimmung.

Genosse Arbeitersekretär Bölkel, Potschappel, war auch der Meinung, daß die Frage der Namenssache nochmals geprüft werden müsse. Bei dem angenommenen Verwaltungsmehraufwand handle es sich natürlich um reine Schätzungsziffern. Genaues lasse sich bei der völligen Ungewißheit, wie künftig die Gemeindefinanzen geregelt werden, überhaupt nicht feststellen. Ohne Zweifel arbeite aber eine zentralisierte Verwaltung billiger, wenn auch zunächst gewisse einmalige Ausgaben entstehen. Dem von den Grundbesitzervereinen veranstalteten Referendum sei bei der Art seines Zustandekommens hinerlei Wert beizumessen. Eine Kontrolle, wer unterschrieben hat, fehle gänzlich, da die Namen der Abstimmenden geheim gehalten würden. Die Mehrheitssozialisten seien, abgesehen von der Kostenfrage, gegen ein Referendum, weil schon aus der Zusammensetzung der Gemeinderäte das Resultat einer solchen Volksabstimmung ersichtlich sei.

Herr Henker, Döhlen, gab zu, daß der Haushaltplan noch vollständig in der Luft schwebe, da die Verhältnisse sich erst noch klären müßten. Der ganze Plan sei eine Wahrscheinlichkeitsberechnung. Bei der allgemeinen Geldentwertung würden aber auch die Verwaltungsaufgaben der einzelnen Gemeinden steigen. Man dürfe außer dem finanziellen Moment auch das kulturelle und ideelle Moment nicht außer acht lassen. Die Vereinigung bedeute zweifellos einen Fortschritt. Durch eine Volksabstimmung, die jetzt von einer Seite gefordert werde, die sich früher nie um den Volkswillen gekümmert habe, würde eine große Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen werden, da hauptsächlich die finanzielle Seite in den Vordergrund gestellt werden würde.

Fabrikdirektor Spitaler, Cossebaude, hielt die Sache noch nicht für spruchreif, wollte vielmehr noch die finanzielle Seite geklärt und die Bevölkerung befragt sehen. Die Gemeinderäte seien in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht mehr ein getreues Spiegelbild der öffentlichen Meinung.

Gemeindevorstand Scheibner, Deuben, ist nicht grundsätzlicher Gegner der Vereinigung, hält letztere im öffentlichen Interesse sogar für geboten, aber den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet. Er war dafür, daß man dem neuen Gemeinwesen den Namen Deuben beilege. Der Name Weißeritz sei bei der Bevölkerung ganz unbeliebt.

Genosse Bölkel verneinte, daß durch die Stadtgründung Kosten entstehen, die die Bevölkerung nicht tragen könne. Wie hoch die Einnahmen und Ausgaben eingestellt sind, sei bei der völligen Unklarheit der finanziellen Entwicklung gleichgültig, denn Hauptsache sei, daß die Kosten der Stadtgründung nicht so hohe werden, daß sie zum Hindernis für Verwirklichung des Plans werden können. Neue Wahlen würden auf keinen Fall dem Grundbesitz ein Uebergewicht in den Gemeindevertretungen verschaffen. Die bürgerlichen Vertreter hätten mehr oder weniger in der Frage mitgearbeitet und seien durchaus nicht alle Gegner der Vereinigung. Es liege kein Grund vor, die Befürwortung nicht schon heute auszusprechen. Bei vereinten Kräften würde eine Besserung der Verhältnisse leichter fallen als vereinzelt.

Der Amtshauptmann hielt es auch für richtiger und besser, die Bedenken der Kreishauptmannschaft schon jetzt mitzuteilen um die Sache schneller zur Entscheidung zu bringen.

Gegen eine Stimme wurde im Sinne des Berichterstatters beschlossen. Gemeindevorstand Scheibner, Deuben, enthielt sich der Abstimmung.

* * *

Auch Niedersedlitz will Stadt werden

Der Gemeinderat von Niedersedlitz hat einstimmig die Einführung der Revidierten Städteordnung beschlossen und einen dahingehenden Antrag bei der Amtshauptmannschaft damit begründet, daß Niedersedlitz eine Randgemeinde sei, die mit dem übrigen Teil des Bezirks nicht in besonderem Zusammenhange stehe, vielmehr in der Nähe zweier andrer Amtshauptmannschaften (Dresden-Neustadt und Pirna) liege. Daraus ergäben sich eine Isolierung- und auch gewisse Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage. Durch die Stadtwerdung werde die Gemeinde eine größere Selbständigkeit und Bedeutung erlangen, und das werde auch ihre Stellung gegenüber den angrenzenden Amtshauptmannschaften stärken, wovon auch der Bezirk Dresden-Altstadt profitieren würde. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Bezirksanstalt Sosthausen sehr weit entfernt liegt, Deuben dagegen sehr nahe. Aehnliche Verhältnisse beständen auch bezüglich des Wohnungsverbandes. In der Einwohnerschaft bestünde keine Gegnerschaft gegen den Antrag. Der Antrag weist noch darauf hin, daß Niedersedlitz Postamt 1. Klasse und Eisenbahnstation ist, drei Straßenbahnen hat, Aussicht auf ein Amtsgericht besitzt, 31 Fabriken und 345 Wohnhäuser zählt usw. und noch viele Entwicklungsmöglichkeiten besitzt. Auch die Schul- und Steuerverhältnisse befänden sich in Ordnung. Das Staatssteuersoll betrug 1919 [illegible] 172 M. An Gemeindeeinkommensteuer wurden 161 Prozent erhoben. Die Berichterstatter haben, da die Gemeinde noch nicht 4000 Einwohner zählt, an Ort und Stelle über die Beweggründe der Gemeinde Erörterungen angestellt und befürworteten das Gesuch, da Niedersedlitz vollständig den dörflichen Charakter abgelegt, einen Bebauungsplan und auch 20 Kilometer Straßenweg besitze. Zweckmäßiger wäre es vielleicht gewesen, die Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte durch die neue Gemeindesteuer-Verfassungsreform abzuwarten, doch will sich die Gemeinde nicht mehr so lange gedulden. Der Amtshauptmann vermochte zwar nicht die Gründe der Gemeinde für eine Stadtwerdung so recht anzuerkennen, da sich die Fragen der Bezirksanstalt und der Ernährung dadurch nicht anders gestalteten, denn im Bezirk bleibe Niedersedlitz doch nach wie vor. Mit den vorgebrachten Gründen ließe sich eher die Notwendigkeit eines Ausscheidens aus dem Bezirk geltend machen, worüber schließlich auch eine Verständigung zu erzielen wäre. Immerhin sah man mit Rücksicht auf das Selbstverwaltungsrecht keinen ausreichenden Anlaß, dem Verlangen der Gemeinde entgegenzutreten, und so soll der Antrag befürwortet werden.

Gewerkschaftsbewegung

Trinkgeld!

Zu dieser Angelegenheit wird uns noch vom Verband der Gastwirtsgehilfen, Geschäftsstelle Dresden, geschrieben:

In Nr. 26 der Dresdner Volkszeitung vom 2. Februar beschäftigte sich Genosse Kaltofen mit diesem Thema. Wenn wir bis zu einem gewissen Teile den Ausführungen Kaltofens zustimmen, so darf doch vor allen Dingen nicht verkannt werden, daß man einem Beruf, der jahrzehntelang nur auf den Trinkgeldbettel angewiesen war, in so kurzer Zeit dieses Uebel nicht leicht abgewöhnen kann.

Seit über 30 Jahren hat der Verband der Gastwirtsgehilfen als erstes feste Entlohnung — Abschaffung der Trinkgelder — gefordert, und zwar schon aus ethischen Gründen. Nach den bestehenden tariflichen Abmachungen ist die Annahme von Trinkgeldern verboten. Werden von den Angestellten noch Trinkgelder genommen, so ist jeder Fall von Arbeitgeber seiner Organisation zu melden. Bei wiederholter Trinkgelderannahme ist der Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung berechtigt. Die Arbeitgeber sind weiter verpflichtet, in ihren Betrieben an sichtbarer Stelle durch Aushang von Plakaten bekannt zu geben, daß sämtliche Angestellten auf Grund eines Tarifvertrags angemessene garantierte Entlohnung erhalten und ihnen deshalb die Annahme von Trinkgeldern untersagt ist.

Der Organisation ist bis jetzt noch nicht ein Fall gemeldet, daß gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen worden ist. Aber aus eigner Erfahrung wissen wir, daß die Gasthausbesucher selbst die alten Gepflogenheiten sich nicht abgewöhnen können. Die Gäste selbst haben es in ihrer Hand, Trinkgelder grundsätzlich nicht mehr zu geben. Ernst Ullmann.

Tarifvertrag der Dresdner Hausangestellten

Der Schlichtungsausschuß hat für einen Tarifvertrag für die Dresdner Hausangestellten eine Grundlage geschaffen, auf der wahrscheinlich in diesen Tagen ein endgültiger Tarifabschluß zwischen den Organisationen der Hausangestellten und der Hausfrauen herbeigeführt werden wird. Die Vorschläge des Schlichtungsausschusses sehen eine grundsätzliche Arbeitsbereitschaft von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr vor. Eine Tätigkeit nach 9 Uhr abends muß Ueberstundenbezahlung erhalten. An Ausgang soll gewährt werden ein freier Nachmittag und Abend an jedem zweiten Sonntag und allwöchentlich ein freier Nachmittag von 4 Uhr an mit anschließendem freien Abend, ferner ein weiterer freier Abend in der Woche. Nach einjähriger Beschäftigung haben Hausangestellte Anspruch auf eine Woche Urlaub. Die Monatsgehaltssätze sind folgendermaßen vereinbart: Für lernende Hausangestellte 20 bis 30 M. und Teuerungszulage von 5 bis 10 M., für gelernte Hausangestellte 40 bis 60 M. und 10 M. Teuerungszulage, für perfekte Köchinnen 70 bis 90 M. und 10 M. Teuerungszulage.

Der „bescheidene" Kommunist

In unserer Ausgabe vom 21. Januar schilderten wir, wie der Kommunist Schnitzer vom Deutschen Metallarbeiterverband in Eisenach die Gelder der Mitglieder für sich zu reservieren versuchte. Er hatte bekanntlich für die Streikenden höhere Beträge eingesetzt, Unverheiratete als verheiratet angegeben und wo keine Kinder zu unterstützen waren, solche angegeben. Desgleichen hatte er an die verschiedenen Ortsverwaltungen Brandbriefe geschrieben, in denen er um Zusendung von Geldbeträgen für die Streikenden ersuchte. Nach der letzten Quittung der Hauptkasse des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wird, hat die Verwaltungsstelle Eisenach im Dezember 1919 275 000 M. — Zweihundertfünfundsiebzigtausend Mark — an die Hauptkasse eingesandt. Damit hat Schnitzer den Beweis erbracht, daß er die Gaunerei in einer Weise versteht, wie selten jemand. Schnitzer, der in Haft genommen ist, wird jedenfalls wegen übertriebener Bescheidenheit nicht bestraft werden, auch dürfte Bescheidenheit kein Milderungsgrund bei Abmessung der Strafe sein.

Tarifvertrag für die Dresdner Zeitungsangestellten

Der im Dresdner Zeitungsgewerbe abgeschlossene Tarifvertrag ist im Druck erschienen und kann gegen 50 Pf. im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Dresden-A., Ritzenbergstraße 4 part., entgegengenommen werden.

Zentralverband und Gewerkschaftsbund

Seit Frühjahr 1919 hat der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, für die Angestellten der Wäscherei- und Färbereibranche einen Branchentarif vereinbart, der jetzt erneuert werden soll. Bereits im Dezember 1919 wurde den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden ein Vertragsentwurf vom Zentralverband eingereicht. Die Angestellten, die zu 90 Prozent organisiert sind, hatten den Zentralverband mit der Interessenvertretung beauftragt und ihre Tarifkommission gewählt. Am 26. Januar sollten die Verhandlungen beginnen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hatte nichts getan, um die wirtschaftliche Lage dieser Angestellten zu verbessern. Bei diesen Verhandlungen erschien er nun auf der Bildfläche, um sich den Forderungen des Zentralverbandes anzuschließen. Der Vertreter des Zentralverbandes, Haunschild, lehnte gemeinsame Verhandlungen mit ihm aus den erwähnten Gründen ab, weshalb die Arbeitgeber, die ein sehr warmes Herz — allerdings für den Gewerkschaftsbund — zeigten, nun die Verhandlungen allein mit dem Zentralverband ablehnten. Die Sache kam vor dem Schlichtungsausschuß zur Verhandlung, der am 30. Januar folgenden Schiedsspruch verkündete:

„Dem Zentralverband der Angestellten muß der Anspruch zugesprochen werden, mit dem Beschwerdegegner allein zu verhandeln, falls nicht ein gemeinsames Vorgehen der Arbeitnehmerverbände erreicht wird. Begründung: Der Zentralverband der Angestellten hat unbestritten zuerst den Antrag auf Eröffnung der Verhandlungen gestellt und vertritt die große Mehrheit der Angestellten."

Obwohl die Arbeitgeber sich dem Spruche nicht unterwerfen, hat es doch den Anschein, als ob sie nun die berechtigten Forderungen des Zentralverbandes der Angestellten anerkennen wollten.

Die Schiedssprüche in der Holzindustrie

Eine Städtekonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die am Sonntag und Montag in Berlin zu den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedssprüchen Stellung nahm, erkannte den Schiedsspruch vom 20. Januar über den Reichstarif unter der Voraussetzung an, daß bei den für die Abänderung des Abschnitts XI des Reichstarifs notwendigen Verhandlungen gleichzeitig auch diejenigen Bestimmungen des Reichstarifs einer Nachprüfung unterzogen werden, bei denen die Arbeiter eine Aenderung für erforderlich halten; insbesondere sind das die Bestimmungen über Ferien und die Ortsklasseneinteilung. Auch dem Schiedsspruch vom 23. Januar über Löhne und Teuerungszulagen wurde, um der Holzindustrie gewaltsame Erschütterungen möglichst fernzuhalten, zugestimmt, obwohl er hinter den Erwartungen der Arbeiterschaft weit zurückbleibt.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat, wie wir erfahren, beide Schiedssprüche abgelehnt und seine Stellungnahme in einem an das Reichsarbeitsministerium gerichteten Schriftsatz begründet.

Mehlverteilung.

Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg wird folgendes bestimmt:

§ 1. Auf Abschnitt 17 der Einfuhrzulagekarten für ausländisches Mehl wird

ein halbes Pfund amerikanisches Weizenmehl zum Einheitspreise von 95 Pf. für ein Pfund oder 48 Pf. für ein halbes Pfund

verteilt.

§ 2. Für den Bezug des amerikanischen Weizenmehls haben die Verbraucher ihre Anmeldung bis zum 7. Februar 1920 zu bewirken. Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte 17 am 9. oder 10. Februar 1920 beim Mehlbezirk einzureichen. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.** Die Bezugscheine sind spätestens am 11. Februar 1920 einem zugelassenen Großhändler zur Beschaffung des Mehles zu übergeben.

§ 3. Abgabe an die Verbraucher in der Zeit vom 11. bis 14. Februar 1920. **Eine Abgabe vor diesen Tagen ist verboten.**

§ 4. Die Bestimmungen in § 3 Absatz 5 (Durchstreichung des Bestellscheinabschnitts) und in § 6 (Strafbestimmungen) der Bekanntmachung vom 18. Juni 1919 bleiben in Kraft.

Dresden-Neustadt, am 4. Februar 1920.

[9] Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Brot- und Mehlversorgung

des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt) im Erntejahr 1919/20.

Für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Infolge allgemeiner Herabsetzung der Brotration wird für den Rest der laufenden Brotkartenreihe die Gültigkeit der über 1½ Kilogramm lautenden Brotmarke vom vierten Wochenstreifen der Brotvollkarten — 8. bis 14. Februar 1920 — auf 1 Kilogramm Schwarzbrot herabgesetzt. Auf die bezeichnete Brotmarke dürfen somit nur 1 Kilogramm Schwarzbrot oder 1½ Schwarzbrot-Kleingebäck oder 750 Gramm Mehl (Zwieback, geriebene Semmel) abgegeben oder bezogen werden.

Die Gültigkeit der über 100 Gramm Schwarzbrot lautenden Einzelmarken aller Brotkarten wird nicht verändert.

§ 2. Die Mehlbezirke haben bei der Ausstellung der Mehl- und Brotbezugscheine die Brotmarke vom 4. Wochenstreifen der Brotvollkarte — 8. bis 14. Februar 1920 — nur in Höhe von 1 Kilogramm Schwarzbrot in die Berechnung einzustellen.

§ 3. Auf die Zeit vom 15. Februar 1920 an erfolgt Regelung durch besondere Bekanntmachung.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach § 50 der Bekanntmachung vom 23. Oktober 1919 bestraft.

Dresden, am 4. Februar 1920.

[26] Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Fleischversorgung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg.

Für die Woche vom 2. bis 8. Februar 1920 erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe „B"

Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—10
150 Gramm Büchsenfleisch oder Wurst
Personen bis zu 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1—5
75 Gramm Büchsenfleisch oder Wurst.

Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht. Gefäße zur Abholung sind mitzubringen.

Der Preis beträgt für das Pfund ausgewogene Ware:

bei Büchsenfleisch . . . 7.— M.
bei [illegible] . . . [illegible] M.
bei [illegible] . . . [illegible] M.

für eine Kilodose:

bei Büchsenfleisch . . . 11.90 M.
bei [illegible] . . . [illegible] M.
bei [illegible] . . . [illegible] M.

Abschnitt 1 der Lungenkrankenkarte wird in dieser Woche mit

250 Gramm Butter oder Margarine

beliefert. Der Abgabepreis an die Verbraucher beträgt für

Butter in den Milchvorortsgemeinden	14.45 M.	für das Pfund.
„ „ „ Landgemeinden	14.[illegible] M.	
Margarine in den Milchvorortsgemeinden	8.[illegible] M.	
„ „ „ Landgemeinden	8.[illegible] M.	

Dresden-Neustadt, den 4. Februar 1920.

[9] Die Amtshauptmannschaft.

Verteilung

von a) Kartoffeln und

b) Weizenmehl an Stelle von Kartoffeln.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1920 folgendes bestimmt:

I.

§ 1. Es werden beliefert:
die Wochen-Kartoffelkarten A und B (Nummer 19 der Sammelkarte, 8. bis 14. Februar 1920), mit je 3 Pfund Kartoffeln.

Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt 23 Pf.

§ 2. Vereinslazarette, militärische Genesungsheime, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Mehlbezirk Bezugsscheine nach dem Satze in § 1.

§ 3. Die Annahme der Wochen-Kartoffelkarten und Kartoffelbezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat bis spätestens Freitag den 6. Februar 1920, mittags 12 Uhr, zu erfolgen.

Die Geschäftsinhaber haben die Wochen-Kartoffelkarten und Kartoffelbezugscheine bis spätestens Sonnabend den 7. Februar 1920, vormittags 10 Uhr, beim Mehlbezirk einzureichen.

Die [illegible] haben die Bedarfsstellen Sonnabend den 7. Februar 1920 bis nachmittags 1 Uhr aufzusuchen.

Die Bezirkshändler haben die Bedarfsstellen Sonnabend den 7. Februar 1920, nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, im Mehlbezirk abzuholen.

§ 4. [illegible] sowie Kartoffelzulagekarten für Kranke sind mit den durch sie nachgewiesenen Kartoffelmengen, [illegible] nach dem Satze von 3 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zu beliefern.

§ 5. Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften, Fremdenheime und dergleichen erhalten für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1920 Kartoffelbezugsscheine über die von den Betriebsinhabern abgelieferten [illegible] der Landes-Gasthauskartoffelmarke. Fremdenheime und Beamtenwirtschaften [illegible] über die an Fremde abgegebenen Kartoffelmengen nach dem Satze von 3 Pfund wöchentlich ausgestellt.

II.

§ 6. An Stelle der ausfallenden Kartoffeln werden beliefert:
a) Abschnitt 1 der grauen Kartoffel-Ersatzkarte A 29. Dezember 1919 bis 21. Februar 1920 mit 200 Gramm Weizenmehl,
b) Abschnitt 2 der braunen Kartoffel-Ersatzkarte B 29. Dezember 1919 bis 21. Februar 1920 mit 400 Gramm Weizenmehl.

§ 7. Vereinslazarette, militärische Genesungsheime, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Mehlbezirk, soweit sie nicht aus Landes-Gasthauskarte mit Kartoffeln eingedeckt sind, für die von ihnen zu verpflegenden Personen Bezugsscheine über „Weizenmehl an Stelle von Kartoffeln" nach dem Satze in § 6.

§ 8. Der Bezug des Weizenmehls ist ohne Voranmeldung in den zum Mehlhandel zugelassenen Kleinhandelsgeschäften einschließlich Bäckereien in der Zeit vom 12. bis 21. Februar 1920 zulässig.

Die Geschäftsinhaber haben auf je einen Abschnitt 1 der grauen Kartoffel-Ersatzkarte A 29. Dezember 1919 bis 21. Februar 1920 200 Gramm, auf je einen Abschnitt 2 der braunen Kartoffel-Ersatzkarte B 29. Dezember 1919 bis 21. Februar 1920 400 Gramm, auf die Bezugsscheine die auf ihnen vermerkte Menge Weizenmehl abzugeben und die belieferten Abschnitte 1 und 2 bis spätestens zum 24. Februar 1920 beim Mehlbezirk zur Ausstellung von Bezugsscheinen über „Weizenmehl an Stelle von Kartoffeln" einzureichen.

§ 9. Der Preis beträgt 20 Pf. für 200 Gramm, 40 Pf. für 400 Gramm Weizenmehl.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden nach § 15 der Ratsbekanntmachung vom 27. September 1919 und nach § 11 der Bundesratsverordnung vom [illegible] September 1915 bestraft.

Dresden, am 4. Februar 1920. Der Rat zu Dresden.

Pirna. Im Laufe des Monats Januar sind folgende Gegenstände als gefunden, bz. als verloren angezeigt worden: 1 Ohrring, 1 Herrenuhrkette, 4 Geldtäschchen, 1 Pompadour, 1 Fächer mit Schleifen, 1 silbernes Armband, 1 Klemmer, [illegible], 1 Lederbrieftasche, 1 Handtasche, 1 Briefumschlag mit 48 M., [illegible], 1 Quittungsbuch, 10 Geldtäschchen, 1 goldene Nadel, 1 blauseidener Regenschirm, 3 goldene Armbänder, 3 Brieftaschen, 1 Geldmappe, 1 Straßenbahnkarte, 1 Bernsteinbrosche, 2 Geldtaschen, 1 Uhrkette, 1 goldener Trauring. [1533]

Die neue Ortsfachenliste liegt am 6. Februar 1920 im Sitzungszimmer 1 aus.

Pirna, am 4. Februar 1920. Der Rat der Stadt Pirna.

Achtung! Achtung!
Nur heute und morgen von 9 bis 5 Uhr
Kein Zahn
unter 10.50 Mark [1581]
Platin, 165 Mark das Gramm
Brennstifte nach Gewicht
nur bei **Rath,** Große Brüdergasse **10**, 1. Etage
Bitte auf Hausnummer achten! Telephon 12472.

[illegible] Lassen Sie sich nicht durch
!! Zahlen !!
irreführen. Höchste Preise für sämtliche
Felle
zahlt nur Dresden, Frauenstraße 12, I., geg. Klepperbein

Felle – Häute
Die Spitze ist erreicht.
Wir zahlen die erdenklich höchsten Preise (frei bis).
Unser Geschäft bleibt für Werkstatt.
[illegible]
Fell-Einkaufszentrale [illegible]

Altmetall
Zinn, Messing, Kupfer, Blei, Zinkabfall, Papier, Eisen kauft z. höchst. Preisen Schönherr, 26 Pillnitzer Str. 26

Nur kurze Zeit [illegible]

Leim [illegible]

Altblei
Kilo 5.50 M., kauft Brauert, Oberseergasse 4.

Nähmaschine [illegible]

Radebeul.
Wohnungsuchende! Merkt euch die Gemeinderatsmitglieder, die, [illegible] Wohnungsbauten [illegible] Gemeindevertretung! [illegible]

Klotzsche, Hellerau.
Bestellungen auf die Volkszeitung sowie auf sämtliche [illegible] nimmt entgegen:
Kolport. **Hermann Fischer**, Klotzsche
Königsbrücker Straße 31.

Schaftstiefel [illegible]

Leben · Wissen · Kunst

Ada Negri, die Fünfzigjährige

Vor einem Vierteljahrhundert erscholl zuerst laut der Dichtertrutzum der jungen lombardischen Volksschullehrerin Ada Negri. Ein Zusammenbruchsahnen ging im Anfang der neunziger Jahre durch die Welt. Aufschrecken der kapitalistischen Betriebsweise und riesiges Wachstum der proletarischen Masse, Niederbrechen der gegen diese gerichteten Ausnahmegesetze und mächtiges Aufsteigen der sozialen Forderungen der Ausgebeuteten — all diese Vorgänge gestalteten das erregte geschichtliche Bild der Zeit. An dieser Stelle der geschichtlichen Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse erscholl Ada Negris Stimme. Es war ein neuer Geist und Ton der sozialen Lyrik, den sie brachte, und er brach hervor nicht aus nun bedeutungslos werdenden Mitleidsgefühlen, sondern als seelische Aeußerung des Proletariats, als Arbeiterdichtung.

Wer je Ada Negris Bücher las, kennt die Herkunft dieser Dichterin. Früh starb ihr Vater und die Mutter wurde Fabrikarbeiterin. Sie blieb es lange Jahre, um ihre Kinder zu nähren und einem Beruf zuzuführen, der ihnen das harte Los der Proletarier erleichte. In Lodi war Ada Negri am 3. Februar 1870 geboren, und noch harter Kindheit und Jugend wurde sie als Achtzehnjährige Lehrerin in dem Weberdorfe Motta Visconti am Ticino. Sieben Jahre lang mühte sie sich hier um ihre achtzig Bauern- und Arbeiterkinder. In diesem Ort der schweren Arbeit, zwischen Wiesen und Wäldern, erwachte ihre Dichterschaft. Vereinzelt erschienen erste Gedichte in großen Mailänder Blättern; als sie aber 1893 zum Buche Schicksal zusammenwuchsen, wurde die Dichterin ein Ereignis der italienischen Dichtung und weit der Dichtung der Welt. Daß sie bald darauf in Mailand, wo ihr ein neues Lehramt geboten worden war, Gattin eines Industriellen wurde, hat damals dazu geführt, daß eifrig in die Welt hinaus trompetet wurde, die Klassenkampfdichterin sei eine Dame der großen Bourgeoisie geworden. Das war nun freilich arg übertrieben, denn ihr Gatte Garlanda war nur Teilhaber einer kleinen Tuchfabrik, betätigte sich für diese als Reisender, hauste in bescheidener Wohnung und war zudem in seinen Anschauungen sozialistisch. Es sollte sich auch zeigen, daß die Erwartung, ob Ada Negri fortan dem als Dichterin beschrittenen Wege treu bleiben werde, vergebens auf eine Ablehr gehofft hatte. Denn wie das zweite Buch Stürme, das 1896 erschien, so barg auch das dritte, Mutterschaft, von 1904, stärkste Beweise ihrer unveränderten Gesinnung, und auch in dem ein paar Jahre später veröffentlichten Buch Aus der Tiefe, das leider nicht, wie die ersten drei Werke, ins Deutsche übertragen wurde, hitzte Ada Negri — just in dem Gedicht, das dem Buch den Titel gab — das rote Kampfbanner ihrer Jugend.

Einer Welt, die blind an den Schicksalen der Proletarier vorüberging, stellte Ada Negri das Dasein der glücklos unten Schaffenden, der Hungernden und Gepeitschten mit immer neuem Hinschleudern der von ihr erlebten Wirklichkeit dar. Ihr Gedicht war entflammte Rede, lodernder Aufruf. Sie sucht im Lärm der Fabriken, in den lichtlosen Häusern, der Gassen der Proletarierkinder, auf den Landstraßen der Arbeitslosen und in ihren Schlafsälen, in Krankenhäusern und armseligen Totenkammern, an Seziertischen, auf denen Verhungerte zur Obduktion liegen, auf kraftverzehrenden Reisfeldern, in Gruben, wo hundert Leben auf einen Schlag vernichtet werden, in Werkstätten, wo Kinder an Maschinen vergelen, in Sturm und Niederlage von Streiks, in Massenzügen von Arbeitern, die ihre auf dem Schlachtfeld der Arbeit gesunkenen Gefährten, ihre aus dem Kampfe gerissenen Kameraden zu Grabe geleiten. Und immer ist sie den Menschen, deren Schicksale sie in solchen Stunden an all diesen Stätten unterhörten Opferfüllens durchlebt, ergreifend menschlich nahe, immer findet sie ohne Verblenden den Weg, der dem Teil einer helleren Welt zuführt, einer Welt, die gegen allen Krieg den Ruf „Frieden! Arbeit! Brot!" erhebt, und der Weg ist Kampf und der Sieg wächst als ein Bauen der brüderlich geeinten Masse der Proletarier:

Ein Klopfen gilt's mit wucht'gen Hammerschlägen
in harten Fels hinein
um noch und nach jawerkeuchend bloßzulegen
das Rückgrat vom Gestein.

Die Bücher Ada Negris wachsen zusammen zu einem aus äußeren Nöten aufsteigenden, verkündungsvollen Friedensgesang der Gesellschaft und der Völker. Wir grüßen sie aus einer Zeit, die der Menschheit aller Zonen eine neue und die ungeheuerste Probe auf ihre Gegenwartskraft und ihren Zukunftsglauben auferlegte. Wir grüßen sie im Fühlen von Ada Negris stürmischem Gelöbnis:

Für alles, was geboren wird, was hoffnungsvoll sich regt,
will ich unsterblich leben!

Technisches Allerlei

Von Ernst Trebesius

Telephonische Konzerte

In Bellamys „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000" ist u. a. auch die Einrichtung angeführt, daß jedes Haus der amerikanischen Großstadt mit dem Konzertsaal, Theater usw. telephonisch verbunden ist, so daß jeder Bewohner in seinem eigenen Heim je nach Stimmung und Veranlagung von morgens 8 Uhr ab bis spät abends zu jeder Stunde Sinfonien, Opern, Gesangsvorträge, Rezitationen und dergleichen hören kann. Wie in so vielen Fällen, so hinkt auch hiermal des Schriftstellers Phantasie der Wirklichkeit etwas nach. Während bei Bellamy dieser ideale Zustand erst um das Jahr 2000 herum erreicht wird, sind wir immerhin jetzt schon so weit, Gesangsvorträge drahtlos zu übermitteln. Der erste derartige Versuch wurde vor kurzem in London den Parlamentsmitgliedern vorgeführt. Zunächst wurde auf der 20 Meilen entfernten Sendestation ein Phonograph in Gang gesetzt, von dem wenig Musik, dafür umso größerer Lärm verursacht wurde. Anscheinend wurde das eigentliche Schnarren dieses Musikinstrumentes durch die Uebertragung noch verstärkt. Das darauf folgende Gesangssolo wurde dafür umso besser übermittelt. Auch die anschließenden Unterhaltungen verlieden in jeder Weise. — Bekanntlich ist auch unsere Telefunken-Gesellschaft eifrigst am Werke, dieses Gebiet der drahtlosen Telephonie weiter auszubauen und so dürfte der eingangs erwähnte idyllische Zustand, daß man jede Oper, jedes Schauspiel, jeden Vortrag, Versammlung und was sonst immer in öffentlichen Institutionen vorgetragen und von einer drahtlosen Sendestation dem Aether anvertraut wird, in den ebenen vier Pfählen wird hören können, schon in wenigen Jahren erreicht sein. Welche Bereicherung damit in das Leben jedes einzelnen tritt und was diese Erfindung insbesondere für die Kranken darstellen wird, dies vermag sich jeder selbst auszumalen.

In die Luft geblasene Millionen

Jeder Besucher unserer Industriegebiete kennt die dicken Rauchschwaden, die an Werktagen über diesen Bezirken lagern und sogar der Sonne Licht verdüstern. Es sind die unverbrannten Kohleteilchen, die in dem Rauch unausgenutzt aus den Kaminen entweichen und in großem Umkreis das Wachstum der Pflanzen beeinträchtigen und zerstörend auf alle baulichen Gebilde einwirken. Und zu den Kohleteilchen gesellen sich in der chemischen Industrie und der Metallhütteninduktrie noch die mancherlei chemischen Stoffe, die in feinstverteilter Form dem Schornstein entströmen. Millionenwerte sind es, die auf diese Weise alljährlich in die Luft geblasen werden. Natürlich ist den Fachleuten diese Vergeudung sehr wohl bekannt, und unaufhörlich sind sie am Werke, den Rauchgasen vor dem Verlassen des Kamins so viel als möglich von ihren verwertbaren Bestandteilen abzunehmen. Man hat schon manchen Schritt vorwärts getan während des letzten Jahrzehntes, doch bleibt noch ein großes Stück Arbeit zu leisten auf diesem Gebiete. Jetzt hat man einen neuen Apparat zur Kontrolle der Rauchgase erfunden. Derselbe besteht im wesentlichen aus einer Selenzelle, die mit einer Batterie und einem Galvanoskop in einem gemeinsamen Stromkreis geschaltet ist. Diese Selenzelle wird im Kamin aufgehängt. Ihr gegenüber hängt man eine brennende Lampe auf. Durch die Belichtung verringert sich der elektrische Widerstand der Selenzelle, es fließt also ein stärkerer Strom durch den Stromkreis, was am größeren Ausschlag des Galvanoskopzeigers zu sehen ist. Sobald jedoch dichte Rauchwolken durch den Kamin ziehen, verdunkeln sie das Licht der Lampe, die Selenzelle hat wieder einen größeren Widerstand und der Zeiger schlägt weniger aus.

Bernhard Viertel: Die Aufführung

In der Reihe der Hochschulvorträge, die für die Errichtung einer Musik- und Theaterhochschule in Dresden werben sollen, sprach am Dienstag Berthold Viertel, der Regisseur des Schauspielhauses über Die Aufführung. Einleitend ging er näher auf die voneinander verschiedenen, im Ziele vereinten Tendenzen ein, die auf eine Umgestaltung des Theaters hinstreben: Das Drama der Expressionisten, das, tendenziös, politisch, pazifistisch, international, menschlich in seinem geistigen Wesen, einen neuen Idealismus schaffen, erzwingen will. Neben ihm die deutlich unterschiedene Richtung, durch Hans Brandenburg und Hans Berkow geführt die sich mit den Bestrebungen nach einer Tanzreform, nach einer neuen Körper- und Wohnkultur ideell verbindet und am Ausgang der deutschen Klassik und Romantik anknüpft. Sie wirkt im Gegensatz zum Expressionismus bewußt national und strebt danach, die produktiven Kräfte des Volkes, der Nation zu vereinen. Als dritte Tendenz wirkt die Volksbühnenbewegung für ein Ziel, das allen drei Tendenzen gemeinsam ist: die radikale Ablehnung des Theaters als Unterhaltungsstätte, die Ablehnung des L'art-pour-l'art-Gedankens. Gemeinsam ist ihnen der Glaube an die große Mission des Theaters.

Diese Bewegungen drängen über das bisherige Theater hinaus, dem Brahms das Ensemblespiel, Reinhardt die phänomenale Einzelheit geben. Die neue Bewegung betont stärker den seelischen, menschlichen Inhalt des Theaters. Sie führt zunächst eine Zeit des Uebergangs herbei, die mit der Gefahr der Stillosigkeit, der Stilzersplitterung verbunden ist. Diese Zeit stellt dem Regisseur wichtige Aufgaben. Julius Bab habe in seinem Vortrag an dieser Stelle und noch ausdrücklicher in seinen Schriften den Regisseur negiert. Er lasse ihn neben dem Schauspieler als bloßen Helfer gelten. Ihm gegenüber betonte Viertel, daß es ohne den Regisseur kein Theater gebe, wie eins gegeben habe. Der Regisseur schaffe die Einheit der Aufführung. Er ermöglicht es erst dem Schauspieler, sich auszuwirken im Ensemble und an sich. Er verhütet das Durcheinander- und Gegeneinanderspiel der einzelnen Darsteller. Der Schauspieler braucht ein Aeußerlich einen idealen Zuschauer. Das ist der Regisseur in dem sich ein verhinderter Schauspieler und ein verhinderter Dichter zu einem geistigen Mittelpunkt des Theaters verbinden müssen. Es schmilzt die persönliche Welt des Dichters mit der persönlichen Welt des Schauspielers zu einem Neuen, Ganzen, Einheitlichen, zur Aufführung zusammen. Und er schafft den Rahmen, in dem sich die Aufführung vollzieht. Diesen Rahmen, der bisher oft äußerlich zufällig, willkürlich war, in die Aufführung einzubeziehen, jedes Ding der Ausstattung so wesentlich zu machen, wie es die Flöte in der Hand Hamlets ist das ist eine Aufgabe die die neue Theaterkultur dem Regisseur stellt.

Das Streben nach diesem neuen, wesentlichen Theater gibt der Schule neue Bedeutung. Ihre Aufgabe ist die Ueberlieferung der Tradition in gutem Sinne, die Entwicklung vorhandener Kräfte, die Pflege aller neuen Ansätze, die systematische Verarbeitung aller neuen Anregungen. Dresden bietet die besten Voraussetzungen als Standort einer solchen Schule. Dresden sei vielleicht nach dem Abfall Wiens die letzte deutsche Stadt, die Theaterkultur hat, in der wie in Berlin das Theater nicht nur verbraucht sondern gepflegt wird. Daß aber der Staat diese zu gründende Schule übernehme, dafür spreche die Notwendigkeit, daß die Schule aller persönlichen Spekulation entrückt werden müsse.

E. H.

Theater

Residenz-Theater. Frau Ministerpräsident ist der aktuell wirkende Titel einer langstiligen Operette von Bermauer und Welisch, zu der Leo Fall einige Musiknummern geschrieben hat, von denen die indischen Charakterstückchen im Mittelakt noch relativ das Beste sind. Die Handlung spielt in London und will die Suffragettenbewegung lächerlich machen — ohne Witz und Gelingen. Wollte man überhaupt mit ethischen Gesichtspunkten an das Machwerk herantreten, so bliebe kein guter Faden daran. Als Unterhaltungsstück mag es aber immerhin angehen, wie ein energischer junger Schwerenöter die Tochter des Polizeichefs dadurch gewinnt, daß er mit der amüsementslüsternen Frau Ministerpräsident flirtet, deren verlorene Fußspange allerhand Eifersuchtsszenen hervorruft. Lotte Koch in der Titelrolle war von scharmanter Ueberlegenheit. Jastorff, Dellwig, Suckfüll und Karl vertraten Männertypen von nachlässiger Sieghaftigkeit bis zur spaßige Trottelei. Ihre Kattner als Suffragettenführerin Cachou, war mit den Augen anno 1913 gesehen: lächerlich Anmaßendes verlangend, in dem Frauenstimmrecht. Mit dem wiederkehrenden Couplett auf Bobby könnte man in die Weise einstimmen: Zeit, wie hast du dich verändert! Uebrigens hat sich Leo Fall mit Rhythmus und Melodie selbst kopiert; während er in den übrigen Nummern ziemlich farblos bleibt und nur durch Ansätze zu besserem Ensemblestil interessiert. Korolanyi leitete den musikalischen Teil der über drei Stunden verbehnten Operette, in deren fast musiklosen letzten Akt Suckfüll als aus dem Wasser gezogener Liebhaber einen besonderen Heiterkeitserfolg davontrug.

K.

Konzert

Volkssinfoniekonzert. Lindners Orchesterführung hat für mich leider (Gott sei Dank!) nichts Anziehendes. Diesmal aber kam ich mit innigem Behagen; denn die von mir hochgeliebte vierte Sinfonie von Beethoven stand auf dem Programm — sie, die geheimnisvoll auftaktet, um dann mit einem Ruck das Hohelied der Lebensfreude und Schönheit anzustimmen. Das Werk ist niemals so recht volkstümlich geworden. Auch die Leute vom Fach schätzen es kurzsichtigerweise nicht sonderlich. Der Grund dafür scheint mir der zu sein, daß die Dirigenten nicht viel damit anzufangen wissen: Für die so beliebten temperamentvollen Schlußmätzchen gibt es auch nicht den geringsten Anlaß. Das Werk wird sozusagen geschnitten. Es vermochte daher nicht — wozu es doch von Grund aus veranlagt ist — ins Volk zu dringen. Lindner verdient also schon für die bloße Tat der Aufführung aufrichtigen Dank. Aber auch diese selbst war recht achtenswert. Im ersten Satz freilich spricht Lindner das zu Sagende noch zuviel in einem Atem; so plätschert alles gleichmäßig dahin. Aber die übrigen Sätze wurden frisch-natürlich und mit gleichgewissem Ansporn angefaßt. Auch dort, wo konzertierende Instrumente nicht den gewünschten Grad der Feinheit entfalten konnten oder wo es an rhythmischer Präzision gebrach (wie bei den punktierten Sechzehnteln im Adagio, die wie Triolen behandelt wurden). Trotz diesen Einschränkungen gebührt der Philharmonikern Anerkennung. Brillant geriet u. a. der hohe Es-Einsatz der Hörner im zweiten Satz.

Chimäre war das Geigenspiel der Solistin des Abends, Fräulein Szemere. Ihr Ton ist nicht übel; aber es fehlt konzertreife Technik; der Vortrag war pomadig und unzuverlässig.

P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 6. Februar. Opernhaus: 5. Sinfonie-Konzert Reihe A (7), öffentliche Hauptprobe vorm. 11 Uhr. — Schauspielhaus: Rosmersholm (6½). — Albert-Theater: Liebe (7). — Zentral-Theater: Die Frau im Hermelin (7). — Residenz-Theater: Frau Ministerpräsident (7).

Albert-Theater. Spielplanänderung: Wegen des starken Erfolges wird bereits am Sonnabend das Volksstück Der G'wissenswurm wiederholt.

Buchhandlung der Dresdner Volkszeitung

Dresden-A., Wettinerplatz 10

Filialen: Königsbrücker Straße 3 — Gerokstraße 57 — Schandauer Straße 9b

Soeben erschien:
Die Reform der Gemeindegesetzgebung in Sachsen
Von **Edmund Fischer**
Preis 1 Mark

Soeben erschien:
Fruchtbare Arbeit
eines Soldatenrats im besetzten Gebiet
Von Franz René Wohlgemut
Geschmackvoll ausgeführt in zweifarbigem Druck
Preis 3.50 Mark

Soeben erschien:
Teuerung und Geldentwertung
Von **Dr. Max Sachs**
Preis 2 Mark

Soeben erschien:
Es saust das Rad
Amerikanischer Roman aus dem Arbeiterinnenleben
Von **Dorothy Richardson**
Uebersetzt von Werner Peter Larsen
Gute Ausstattung u. Zweifarbendruck
Preis 3.50 Mark

Soeben erschien:
Was ist bis heute im Volksstaate erreicht worden?
Von **Wilhelm Buck**
Preis 1 Mark

Durch alle Austräger der Dresdner Volkszeitung zu beziehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200205/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG